

3,90 €

Governance-Modelle der Zukunft

**Kritische Bestandsaufnahme von Utopien
gesellschaftlicher Steuerung**

Erstellt von Edgar Gröll

In der Reihe S:Z:D Arbeitspapiere
der Robert-Jungk-Stiftung

Der Autor: Dr. Edgar Göll ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (IZT) in Berlin und war Robert-Jungk-Stipendiat 2011. Im Rahmen seines Salzburg-Aufenthaltes erstellte er die Studie „Governance-Modelle der Zukunft“.

Die S:Z:D Arbeitspapiere werden von der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen JBZ (Leiter: Dr. Walter Spielmann) in Partnerschaft mit den Salzburger:Zukunfts:Dialogen herausgegeben. Ansprechpartner für das Projekt ist Mag. Stefan Wally MAS. Die Inhalte der Arbeitspapiere geben nicht notwendigerweise die Meinung der Robert-Jungk-Bibliothek oder der Salzburger:Zukunfts:Dialoge wieder, sie sollen Diskussionen anregen.

Salzburg: JBZ-Verlag, 2011. ISBN 978-3-950-1181-7-9

Bisher erschienen:

Nr. 1/David Röthler/Government 2.0

Nr. 2/Minas Dimitriou/Sport zwischen Inklusion und Exklusion

Nr. 3/Nimet Ünal/Migration und schulischer Erfolg

Nr. 4/Georg Gruber/Zukunftsvorstellungen junger AsylwerberInnen

Nr. 5/Achim Eberspächer/Jungk: Zukunftsforscher u. Anführungszeichen

Nr. 6/Silvia Augeneder/Kommerzialisierung menschlicher Körperteile

Nr. 7/Bärbel Maureder/Der Salzburger IT Arbeitsmarkt

Nr. 8/Barbara Eder/Freiwilligentätigkeit in Österreich

Nr. 9/Silvia Augeneder et al/Diese Entwicklungen werden Salzburg bis 2030 prägen

Nr. 10/Reinhard Hofbauer/Lebensqualität als alternative Zielformel

Nr. 11/Sandra Filzmoser/Wohlbefinden und Engagement

www.arbeitspapiere.org

www.jungk-bibliothek.at

www.salzburg.gv.at/szd

Inhaltsverzeichnis

Einführung	4
1. Hintergrund und Herausforderung	4
2. Fragestellung, Eingrenzung, Bearbeitung	10
3. Einzelresultate und Beispiele	13
3.1. Beispiele aus dem Bereich Zukunftsstudien	13
3.2. Beispiele aus dem Feld der Science Fiction	22
3.3. Governance in der Sekundärliteratur über Zukunftsforschung und Science Fiction	32
4. Resultate und Resümee	34
5. Schlussfolgerungen und Perspektiven	40
Literatur und Quellen	57

Einführung

Zahlreiche Indizien deuten darauf hin, dass heutiges Regierungshandeln aus verschiedenen Gründen an Grenzen stößt und immer komplizierter und voraussetzungsvoller wird, dass Politik und andere Akteure mit gesellschaftlicher Steuerung überfordert werden, dass die diesbezügliche Unzufriedenheit in der Bevölkerung zunimmt und sich in Schlagworten wie „Parteienverdrossenheit“ oder Phänomenen wie sinkender Wahlbeteiligung manifestiert. Zugleich wachsen die absehbaren Herausforderungen für Politik und Governance sowohl in quantitativer als auch qualitativer Hinsicht (z.B. Klimawandel, demografischer Wandel, Globalisierung, Global Change, nachhaltige Entwicklung).

Während eines Forschungsaufenthalts in Salzburg bin ich vor diesem Hintergrund der Fragestellung nachgegangen, ob und wenn ja welche Konzepte, Anregungen und Ideen für künftige Governance in der zukunftsorientierten Fachliteratur vorzufinden sind.

Hilfreiche Hinweise zur unüberschaubaren Zukunftsliteratur habe ich von mehreren Kollegen erhalten, bei denen ich mich bedanken möchte: Robert Gaßner, Jerome Glenn, Gerhard de Haan, Achmed Khammas, Peter Mettler, Markus Pausch, Elmar Schüll, Karlheinz Steinmüller. Mein besonderer Dank vor allem den Kollegen der JBZ, Walter Spielmann, Hans Holzinger, Alfred Auer, Stefan Wally, die mich so überaus kollegial in ihrer Institution haben forschen lassen und dabei bestens unterstützt haben, bei der Kulturbeauftragten der Stadt Salzburg, Frau Verena Leb als Betreuerin des Stipendiums, und den engagierten DiskussionsteilnehmerInnen an der Abschlusspräsentation meiner Forschungsergebnisse in der JBZ im April 2011.

1 - Hintergrund und Herausforderung

Die Grundprinzipien und institutionellen Grundmuster heutiger westlicher repräsentativ-demokratischer Strukturen, Institutionen und Arrangements haben sich im Zuge sozial-ökonomischer und politischer Auseinandersetzungen vor über 200 Jahren herausgebildet. Ihre konkrete Ausgestaltung war pfad- und kontextabhängig und hat zahlreiche Formen angenommen, deren Details im Laufe der Zeit ver-

ändert werden. Heute erscheint es für viele Menschen, als „sei es immer so gewesen“, als würde es ewig „so weiter“ gehen und als „könne es nicht anders sein“. Doch die gesellschaftlichen, ja die ökologischen und geo-thermischen Verhältnisse sind im Wandel begriffen und Entscheidungsträger sind heute vor ganz immense Herausforderungen gestellt, die mit denen der beginnenden Neuzeit kaum zu vergleichen sind. Genauso wie ein gut erhaltenes Gebäude aus dem 19. Jahrhundert für einige Zeit immer wieder renoviert werden kann und dadurch funktionsfähig bleibt, kann dies auch für Governance-Strukturen vermutet werden. Doch hier wie dort ist ab einem historisch bestimmten Zeitpunkt eine bloße Reparatur oder Renovierung der Substanz nicht mehr hinreichend, vor allem wenn die Umstände und Herausforderungen, und wenn die angehäuften Krisen und Probleme zunehmen. Die BewohnerInnen, Nachbarn, Architekten und Städteplaner müssen dann klären, welches neue Gebäude unter Nutzung alter Bauteile konstruiert und verwirklicht werden soll und kann. Heutige Gebäude müssen anders gebaut werden und unzählige Gesichtspunkte berücksichtigen, eine moderne Infrastruktur und Wärmedämmung haben. Und sie müssen gegen Erdbeben geschützt sein....

Das Regierungshandeln und die Steuerung von heutigen Gesellschaften stoßen aus verschiedenen Gründen an Grenzen und werden immer komplizierter und voraussetzungsvoller. Politik wird überfordert. Zugleich ist die Erwartungshaltung verbreitet, dass Probleme schnell gelöst und „Fortschritt“ und Wachstum reibungslos weitergehen. Die diesbezügliche Unzufriedenheit in der Bevölkerung nimmt zu, Legitimation und Effektivität nehmen bedenklich ab. Zugleich wachsen die absehbaren Herausforderungen und der Entscheidungsdruck sowohl in quantitativer als auch qualitativer Hinsicht – ja es lässt sich von einer Existenz bedrohenden Problemlage sprechen, die aus multiplen Krisentrends resultiert: dem fortschreitenden Klimawandel und seinen immer deutlicher spürbaren Effekten und Folgen, die weltweit und in Gesellschaften und Kommunen zunehmende sozioökonomische Polarisierung, die ansteigende Migration, der umfassende demografische Wandel mit immensen gesellschaftlichen Folgen, Global Change, Umweltverschmutzung, der weltweit steigende Ressourcenverbrauch, das ununterbrochene Artensterben, der sich ausbreitende Terrorismus, kurzum: das „Peak Everything“.

Wesentliche, also systemische und strukturelle Defizite und Herausforderungen heutiger Governance in westlichen kapitalistischen Gesellschaften werden in unterschiedlichen Konzepten, Studien und Büchern eingehend erörtert, wie z.B. den folgenden: „halbierte Demokratie“, Post-Democracy (Colin Crouch), Nachhaltige Entwicklung, Stealth Democracy bzw. Engagement-Potenziale.

Im politischen Raum sind teilweise punktuelle Reformversuche, oft aber nur symbolische Reaktionsweisen festzustellen: die Zunahme der Einrichtung von Kommissionen, die Hinzuziehung wissenschaftlicher Autoritäten, neue Konstellationen von Entscheidungsgremien (z.B. G7 in G8 bzw. G20).

Halbierte Demokratie

In den eine lange Phase recht stabilen westlichen Gesellschaften sind seit einiger Zeit diverse Erosions-tendenzen festzustellen, die zum Teil die eigenen Prinzipien verletzen, und manche Führungspersönlichkeiten unterminieren die Werte ihrer Gesellschaften in besonders eklatanter Weise. Diese Tendenz begann mit der Krise des Nachkriegskapitalismus („Fordismus“) und den dagegen ausgerichteten neoliberalen Reaktionen, Verdrängungstaktiken und Vermeidungsstrategien (Verlagerung von Basisindustrien etc.), die vor allem von den Regierungen Thatcher und Reagan exekutiert und in den meisten anderen Staaten nachexerziert wurden. So unterstützte z.B. US-Präsident Reagan in vollmundiger Weise die osteuropäischen Gewerkschaften (v.a. die polnische Solidarnosc), während er die Gewerkschaften im eigenen Lande schwächte und zerstörte (z.B. die Fluglotsengewerkschaft PATCO), US-Präsident Bush Jr. stellte im Irak mit gönnerhafter Geste Wahlurnen auf, während die Wahlapparate zuhause in Florida nicht funktionierten, die EU-Staaten feiern die „orange Revolution“ und agieren für „regime change“ in Ukraine und Irak etc., sind aber zu wirklich sozialen Reformen zuhause nicht willens und frönen technokratischen Regierungsstilen.

Die politische Öffentlichkeit wird weiter kommerzialisiert und infantilisiert, Medien verkommen zu einer Kombination von Unterhaltungs- und Werbungsinstanzen, demokratische Öffentlichkeit und deliberative Demokratie hingegen finden nur in Nischen statt. Politik, selbst „sozialdemokratische“, besteht weitgehend in blinker Anpassung an kapitalistische (zuvörderst ökonomische) Imperative und scheinbare bzw. selbstgeschaffene „Zwänge“, erschöpft sich in der Exekution der Erwartungen von Finanzmärkten und vermeintlichen Investoren. Mehr noch als

früher schrumpft die Demokratie im (Spät-)Kapitalismus zu einer ‚halben Demokratie‘ – denn die Wirtschaft und andere wichtige Bereiche kommen ohne demokratische Standards und Praxis aus (siehe Göll 2005, S. 40f.). Wesentliche Weichenstellungen und Investitionsentscheidungen werden hinter verschlossenen Türen und ohne Einbezug der Betroffenen gefällt. Wie so häufig in Krisenzeiten reagieren Teile der ohnmächtigen Bevölkerung mit nationalistischen bis hin zu rassistischen Denk- und Verhaltensweisen, oftmals unterstützt von führenden Politikern und maßgeblichen (Boulevard-)Medien. Die jüngsten Systemkrisen in Portugal, Griechenland, Irland sind hierfür herausragende Beispiele, die Gewinne rechtskonservativer chauvinistischer Parteien in den Niederlanden, Dänemark, Finnland und nicht zuletzt in den USA ebenfalls: das destruktive Konkurrenzprinzip frisst seine Kinder.

Postdemokratie

Die Diskussionen um eine schwelende Krise der Demokratie westlicher Prägung wurden in den vergangenen Jahren vom britischen Politikwissenschaftler Colin Crouch mit dem Begriff der „Postdemokratie“ popularisiert. Kritisiert wird mit diesem Ansatz der verbreitete Legitimitätsverlust der politischen Akteure und Institutionen in westlichen Gesellschaften, da sie zunehmend unter dem Einfluss privater und partikularer Interessengruppen agieren statt als gewählte Repräsentanten im Sinne des Gemeinwohls zu handeln. Anstelle des fairen und überlegten Aushandelns von divergierenden gesellschaftlichen Interessen gerate Politik so zum bloßen „Management von Sachzwängen“. Politische Spannungslosigkeit breite sich aus: Die Responsivität „der Politik“ auf gesellschaftliche Missstände nehme ab, das Gefühl der Ohnmacht und eine Verdrossenheit gegenüber der „institutionellen Politik“ zu, und es schwinde das Vertrauen in die repräsentative Demokratie (siehe Crouch 2008, jüngst auch Nolte 2011 und Mouffe 2011)

Nachhaltige Entwicklung und Governance

Eine epochale Herausforderung für heutige Gesellschaften besteht in dem Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung, für dessen Realisierung eigentlich ein ganzheitlicher, partizipativer, globaler und langfristig orientierter Politikansatz praktiziert werden müsste. Das allerdings ist bislang nur in Ansätzen der Fall. Vielmehr ist immer noch das festzustellen, was der Sozialphilosoph Günter Anders als „promethische Lücke“ bezeichnet hat: das Auseinanderklaffen der von Menschen ver-

ursachten Effekte und Trends einerseits, und deren völlig unzureichende Kontrolle und Beherrschung durch Menschen andererseits.

Entsprechend wird heute von maßgeblichen Experten davon gesprochen, dass inzwischen das Erdzeitalter des „Anthropozän“ erreicht und das des „Holozän“ (Warmzeit) abgelöst worden sei: die intendierten und vor allem die unintendierten Folgen menschlicher Aktivitäten haben die natürlichen Prozesse in einem welthistorisch einmalig großen Maße verändert und gestört, teilweise sogar zerstört (siehe „The Stockholm Memorandum. Tipping the Scales towards Sustainability“; 3rd Nobel Laureate Symposium on Global Sustainability, Stockholm, Sweden, 16-19 May 2011). Erstmals in der Menschheitsgeschichte besteht die reale Gefahr, dass die Existenzbedingungen der Spezies Homo Sapiens Sapiens von eben dieser Spezies zerstört werden.

Die traditionellen Denk- und Verhaltensweisen und das Handeln insbesondere der Menschen, Institutionen und Gesellschaften Westeuropas und Nordamerikas haben im Laufe der Zivilisationsgeschichte und vor allem in den letzten Jahrzehnten zu immensen Effekten und unüberschaubaren unintendierten Negativfolgen geführt (vgl. Diamond 2006). Und dies trifft auf die räumliche, zeitliche und soziale Dimension zu: geografische Grenzen werden überschritten und planetarische Effekte hervorgerufen (z.B. „Anthropozän“), zahlreiche Eingriffe werden Langfristfolgen nach sich ziehen (z.B. „Halbwertszeit“ von Kernbrennstäben aus AKWs oder Atomwaffenschrott), von vielen Trends sind große Teile der Menschheit betroffen (z.B. „Klimawandel“). Zugleich lassen sich allem Anschein nach in allen Zivilisationen und Gesellschaften tief verankerte und lange zurückreichende, teilweise aber vergessene Werte, Konzepte und Handlungsimperative nachweisen, die den Prinzipien der modernen Nachhaltigkeit sehr nahe kommen und entsprechend gegenwärtig und genutzt werden könnten (vgl. Grober 2009).

Die Kluft zwischen den dringend erforderlichen Maßnahmen zur Abkehr von dem vorherrschenden und sich ausbreitenden nicht-nachhaltigen Fehlentwicklungspfad und zur Umsteuerung in eine Existenz sichernde Lebensweise ist global betrachtet weiter anwachsend, zahlreiche Parameter expandieren weiter in Richtung internationaler Systemkrise, die ersten derartigen Anzeichen werden nun auch in Westeuropa immer spürbarer. In punktuellen Ansätzen sind zum Umgang mit diesen Tendenzen und den damit verbundenen existenziellen Gefahren und

Risiken sehr unterschiedliche und effektvolle Konzeptionen und Instrumente entstanden und Programme gestartet worden.

In diesem Zusammenhang kann Zukunftsforschung hilfreich sein, indem sie ansetzend an den grundlegenden Problemen und Verursachungszusammenhängen mit ihren Konzepten und Methoden dazu beiträgt, dass Auswege aus der Krise und Wege in eine wünschbare Zukunft gesucht und gefunden werden – gemeinsam mit den Betroffenen. „Wie sehr oder wie wenig aber eine utopische Möglichkeit als erreichbar eingeschätzt wird, immer ist es ihre Funktion, je gegenwärtige Möglichkeiten absehbar zu machen, die bis dahin nicht gegenwärtig waren. In diesem elementaren Sinn erweisen sich alle überhaupt ernstzunehmenden Utopien als realistisch: sie lassen hier und heute etwas theoretisch und praktisch wahrnehmbar werden, was es bis dahin nicht war. Alle Utopien lassen ferne Möglichkeiten sichtbar werden, um hier und jetzt ergreifbare Möglichkeiten sichtbar werden zu lassen.“ (Seel 2001: 753)

Ein genauerer Blick in die möglichen Zukünfte – unterstützt durch die Erfahrungen und Erkenntnisse der Zukunftsforschung – kann dann mehrere Funktionen erfüllen, wie es Seel thematisiert hat: „Wie unverzichtbar die utopische Reflexion für das politische Denken ist. Sie ist es nicht in erster Linie, weil sie uns mit einer ‚rationalen Hoffnung‘ auf bessere Zeiten versorgt, denn das ist in Anbetracht der negativen Utopien keineswegs immer der Fall. Sie ist vielmehr eine unverzichtbare Probe darauf, wie belastbar die Urteile und Ziele, die das politische Handeln leiten, tatsächlich sind. Ihr primärer Zweck ist eine Steigerung der Präzision, mit der normative Ansprüche an die Adresse von Staat und Politik gestellt werden. Darüber hinaus hilft sie zu klären, was wir als Mitglieder lokaler und globaler Gemeinschaften sinnvoller Weise voneinander verlangen können. Weil das so ist, wäre eine Preisgabe dieser Möglichkeit wiederum – aber diesmal im kollektiven Maßstab – ein Verrat an uns selbst.“ (Seel 2001:755)

Diese Möglichkeit von Individuen und Gemeinschaften in die Realität zu bringen ist umso herausfordernder als seit etwa zwei Jahrzehnten die Debatte über bessere Zukünfte, über eine bessere Welt, über Revolution etc. fast völlig zum Erliegen gekommen ist. „Die Revolution wird nicht mehr gedacht, sie wird vergessen. Und mit der Revolution wird auch der letzte Rest emphatischer Zukunft vergessen. Die Zukunft als gesellschaftlicher Bewegungsbegriff erlischt.“ (Jeismann 2001:823)

2 – Fragestellung, Eingrenzung, Bearbeitung

Der erste Anstoß dafür, sich mit dem Themenfeld Zukunft und Politik zu befassen ergab sich nach der Lektüre einiger Bücher und dem Anschauen mehrerer Episoden der Serie Star Trek. Mir fiel dabei auf, dass abgesehen von einigen technischen Spielereien die Entscheidungsprozesse in keiner Weise anders dargestellt werden als die heutigen, dass also formale Autorität maßgeblich und selbst Rationalität nicht immer ausschlaggebend ist (siehe Göll 1997). Der Eindruck eines diesbezüglichen Defizits hat sich in Laufe der Zeit verfestigt und schien sich zu bestätigen. Allerdings waren dies eher erratische Eindrücke, die es zu systematisieren galt.

Vor dem oben kurz skizzierten Panorama wird hier der Fragestellung nachgegangen, ob und welche Konzepte, Anregungen und Ideen für künftige Governance in der zukunftsorientierten Fachliteratur vorzufinden sind. Es werden also nicht Reformvorschläge dezidiert politischer Provenienz berücksichtigt. Vielmehr werden hier einige ausgewählte Texte aus dem Bereich von Zukunftsstudien und der Science Fiction betrachtet. Und der Fokus liegt auf Positiv-Konzepten aus dem westlichen Zivilisationskreis, die über zeitprognostische Reformvorschläge hinausgehen und auf die nationale Ebene bezogen sind.

Hierfür sollten einschlägige Zukunftsstudien, Forschungsberichte, Szenarien und interessante Werke der seriösen Science Fiction ausgewertet werden. Im Fokus standen dabei „Zukunftsbilder“ über künftige Institutionen, Gremien, institutionelle Arrangements, Prozeduren und Verfahren sowie Prinzipien (gesamt-) gesellschaftlicher Governance. Damit verbunden wird zusätzlich herausgearbeitet, welche Herausforderungen und Aufgabenstellungen in dieser Literatur thematisiert werden, auf welche Probleme also institutionelle und prozedurale „Antworten“ und Lösungen gefunden werden sollen – nach Einschätzung der ausgewählten Zukunftsliteratur. Hierdurch wird eine Gemengelage von zu erwartenden Anforderungen an künftige Governance thematisierbar.

Die Auswahl an Literatur konnte aufgrund der zur Verfügung stehenden Zeit und Ressourcen nur klein sein. Doch kann zugleich davon ausgegangen werden, dass diese Auswahl ein Mindestmaß an Repräsentativität aufweist und dass daher die Beobachtungen und Erkenntnisse Hinweise auf systematische Antworten auf die Fragen geben.

Der hier verwendete Begriff von Governance bezieht sich auf Regierungsführung im weiteren Sinne, auf gesellschaftspolitische Steuerungsformen auf national-staatlicher Ebene. Das umfasst also mehr als mit dem Begriff Government (Regierung) ausgedrückt wird: Steuerung geht demnach nicht nur vom Staat („Erster Sektor“), sondern auch von der Privatwirtschaft („Zweiter Sektor“) und vom „Dritten Sektor“ (Vereine, Verbände, Interessenvertretungen) aus.

Governance bezieht sich auf das Management von Gesellschaften und vornehmlich auf Strukturen, Institutionen und Prozesse politischer bzw. gesellschaftlicher Einheiten. Klassischerweise beziehen sich die Lenkungsstrukturformen auf Hierarchie, Gemeinschaften, Markt und Netzwerk, welche in unterschiedlichen Formen auftreten und kombiniert werden können. Ferner werden alle möglichen Regelsysteme, welche die Entscheidungsorganisation festlegen und somit als gesellschaftliche und politische Problemlösungsstruktur fungieren, als Governance-Mechanismen bezeichnet (siehe Schuppert / Zürn 2008).

Im Bericht der Kommission für Weltordnungspolitik wurde dazu formuliert: „Ordnungspolitik bzw. Governance ist die Gesamtheit der zahlreichen Wege, auf denen Individuen sowie öffentliche und private Institutionen ihre gemeinsamen Angelegenheiten regeln. Es handelt sich um einen kontinuierlichen Prozess, durch den kontroverse oder unterschiedliche Interessen ausgeglichen werden und kooperatives Handeln initiiert werden kann. Der Begriff umfasst sowohl formelle Institutionen und mit Durchsetzungsmacht versehene Herrschaftssysteme als auch informelle Regelungen, die von Menschen und Institutionen vereinbart oder als im eigenen Interesse angesehen werden.“ (Stiftung Entwicklung und Frieden 1995, S.4)

Im Bereich der Zukunftsforschung und Zukunftsgestaltung spielt Governance bislang eine eher untergeordnete Rolle, meist geht es um unternehmerische Managementvorschläge oder Technikentwicklung. In einer jüngeren Publikation wurde dies festgestellt und ein neuer Fokus innerhalb der Zukunftsforschung angemahnt:

„Die Anpassung der auf exzessiven Verbrauch preisgünstiger und im Überfluss vorhandener fossiler Energierohstoffe beruhenden fordistischen bzw. post-fordistischen Gesellschaft an die natürlichen Rahmenbedingungen des Globus verlangt den Aufbau leistungsfähiger Koordinations-, Kontroll- und Steuerungsmechanismen, also die Institutionalisierung des Umweltstaates.

Die Aufgabe der Zukunftsforschung könnte demnach darin bestehen, die Entwicklung des Umweltstaates konstruktiv zu begleiten, worunter zu verstehen ist, dass dessen erkennbare Strukturelemente unter Verwendung des gebündelten Zukunftswissens zu stabilen, jeweils lokal angepassten Regulierungs- und Steuerungssystemen, verstanden als komplexe Governancessstrukturen, zusammengefügt und auf ihre Leistungsfähigkeit hin geprüft werden.“ (Simonis 2009: 615)

In der politischen Arena allerdings sind bereits seit einiger Zeit Suchprozesse zu beobachten, wie die Komplexität gesellschaftlicher Entwicklungen und der möglichen Folgen politischer Entscheidungen besser als früher berücksichtigt werden kann. Dafür gibt es vielfältige Formen und Modelle: Technikfolgenabschätzung, Gesetzesfolgenabschätzung, Szenarien, Roadmapping, Impact Assessment usw. Dies deutet darauf hin, dass unsere heutigen politischen Systeme nach Innovationen suchen, die ihre Problemlösungs-kapazität und ihre anderen Funktionen (Legitimation, Wahlerfolge etc.) besser gewährleisten sollen. Daher scheint ein Blick in die Zukunftsliteratur mehr als gerechtfertigt, denn dort könnte womöglich der ein oder andere Hinweis auf interessante Governancemodelle zu finden sein.

Aufbau der Studie: Die Fragestellung wurde im Laufe des dreimonatigen Forschungsaufenthalts in der JBZ Salzburg in mehreren Schritten bearbeitet. Eingangs wurden in Gesprächen und mittels Email-Kommunikation mit elf ExpertInnen aus dem Bereich der Zukunftsforschung einschlägige Zukunftsstudien, Forschungsberichte und exemplarische Werke der seriösen Science Fiction und entsprechende Sekundärliteratur ausgewählt. Literaturhinweise und Einschätzungen zum Themenbereich wurden dankenswerterweise von Alfred Auer, Robert Gaßner, Jerome Glenn, Gerhard de Haan, Hans Holzinger, Achmed Khammas, Peter Mettler, Markus Pausch, Elmar Schüll, Walter Spielmann und Karlheinz Steinmüller zur Verfügung gestellt. Nach den Expertengesprächen bzw. –kontakten und auf der Basis ausführlicher Rechercheergebnisse und in Berücksichtigung der Zugriffsmöglichkeiten wurde eine Auswahl der Literatur getroffen, die der o.g. Fragestellung unterworfen werden sollte (siehe Kapitel 3 unten).

3 - Einzelresultate und Beispiele

Aus dem Bereich wissenschaftlich fundierter Zukunftsstudien werden im Folgenden einige ausgewählte Beispiele kurz beschrieben: Szenarien des IPCC („Climate Change 2007: Synthesis Report“), „The Great Transformation“ (Raskin et al. / Tellus 2010), „2010 State of the Future“ (UNU-Millennium-Project) und „Vision 2050 - The new agenda for business“ (World Business Council for Sustainable Development - WBCSD 2010). Sie decken unterschiedliche Themenbereiche ab und wurden in sehr unterschiedlichen Arbeitszusammenhängen und von unterschiedlichen Akteuren erstellt.

Aus dem großen Feld der Science Fiction werden hier berücksichtigt: Edward Belamy „Looking Backward“, B.F. Skinner „Futurum II“, Ursula LeGuin „Planet der Habenichtse“, Ernest Callenbach „Ökotoxia“ und Dirk Fleck „Tahiti-Projekt“. Darüber hinaus werden zwei Folgen der Klassikserie von Star Trek einbezogen und Hinweise auf zusätzliche, insbesondere Sekundärliteratur gegeben.

3.1. Beispiele aus dem Bereich Zukunftsstudien

Szenarien des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC)

Das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) wurde 1988 durch die Weltmeteorologenorganisation (WMO) und das UN-Umweltprogramm (UNEP) gegründet. Es handelt sich um ein internationales Netzwerk von Klimaforschern und benachbarten Wissenschaftsdisziplinen. Das IPCC sammelt, ordnet und veröffentlicht die weltweit verfügbaren Ergebnisse und Erkenntnisse aus wissenschaftlichen, technischen und sozio-ökonomischen relevanten Forschungen und Studien zum Klimawandel. Der Input wird in den etwa 6 Jahre dauernden Arbeitszyklen (Review, Acceptance, Adoption, Approval, Publication) zu den sogenannten „IPCC Assessment Reports“ zusammengeführt und veröffentlicht. Im Laufe der Zeit hat die Arbeit des IPCC die Federführung und Anerkennung zur Beurteilung des Klimawandels und seiner Folgen gefunden (Friedensnobelpreis 2007). Derzeit ist der fünfte Assessment Report in Arbeit. Im letzten Assessment Report („AR4“) bekräftigt das IPCC nochmals die verursachende und verstärkende Rolle des Menschen in Bezug auf den Klimawandel. Dem-nach wird mit inzwischen

90%iger Wahrscheinlichkeit als „sehr wahrscheinlich“ erachtet, dass die Emissionen menschlicher Gesellschaften, insbesondere die Treibhausgase (z.B. Kohlendioxid) die Ursache der Klima- und Erderwärmung darstellen. Wesentlicher Indikator ist der messbare Temperaturanstieg: während der letzten 100 Jahre erfolgte eine Erwärmung um $0,74^{\circ}\text{C}$ ($\pm 0,18^{\circ}\text{C}$). Der derzeitige durchschnittliche Anstieg der Erwärmung beträgt etwa $0,13^{\circ}\text{C}$ ($\pm 0,03^{\circ}\text{C}$) pro Jahrzehnt (siehe IPCC 2011: <http://www.ipcc.ch/>).

Der IPCC legt unter anderem Szenarien vor, so auch in seinem „Climate Change 2007: Synthesis Report“. Diese dienen vornehmlich der Darstellung und Beschreibung der Prognosen über die wahrscheinlichen Veränderungen von Temperaturen, Emissionen und ähnlichen quantitativen Parametern. Nur am Rande werden Handlungskapazitäten, Maßnahmen und Handlungsstrategien samt Regierungsaktivitäten thematisiert. Vor allem in der Arbeitsgruppe 2 („Climate Change Impacts, Adaptation and Vulnerability“) von insgesamt vier Arbeitsgruppen werden derartige Aspekte erwähnt. In deren Bericht heißt es dazu: „Adaptive capacity is intimately connected to social and economic development, but it is not evenly distributed across and within societies. (WGII 7.1, 7.2, 7.4, 17.3)

The capacity to adapt is dynamic and is influenced by a society's productive base, including natural and man-made capital assets, social networks and entitlements, human capital and institutions, governance, national income, health and technology. It is also affected by multiple climate and non-climate stresses, as well as development policy.“ (WGII 17.3) Und weiter heißt es: „Recent studies reaffirm the TAR finding that adaptation will be vital and beneficial. However, financial, technological, cognitive, behavioural, political, social, institutional and cultural constraints limit both the implementation and effectiveness of adaptation measures. Even societies with high adaptive capacity remain vulnerable to climate change, variability and extremes. For example, a heat wave in 2003 caused high levels of mortality in European cities (especially among the elderly), and Hurricane Katrina in 2005 caused large human and financial costs in the United States. {WGII 7.4, 8.2, 17.4}“ (S. 56)

Die Zurückhaltung hinsichtlich Szenarien, in denen gesellschaftliche und politisch-administrative Handlungsalternativen aufgezeigt werden, hat sicherlich Komplexitäts- und Kapazitätsgründe. Die Vielfalt der Betroffenheit, der Politik- und Ver-

waltungsstile, der politischen Kulturen und Ressourcen ist in den 194 Staaten unseres Planeten äußerst differenziert.

Einschätzungen und Aussagen über Wahrscheinlichkeiten etc. wären vielfach komplizierter und umstrittener als die eher naturwissenschaftlich bezogenen Szenarien zu Emissions- und Temperaturänderungen. Darüber hinaus scheinen aber auch dezidiert politische Kalküle und sogar unmittelbare Interventionen bestimmter Regierungen und politischer Akteure diese Zurückhaltung bezüglich Politik und Governance zu verursachen. Hierzu heißt es in einer Studie:

“Since its establishment, the Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) has published three series of emission scenarios that represent the backbone of climate projections. The first IPCC series in 1990 pro-posed a single business-as-usual emission scenario as a reference, and three intervention scenarios. The third series of scenarios, published in 2000, which is used in the IPCC’s recent Fourth Assessment Report, does not include any intervention scenarios but consists of six different reference scenarios. To assess the reasons for these changes, we analyze the changing structure of the IPCC scenarios and the intergovernmental review process they went through. We also compare the scenarios with scenarios from literature. We find that scientific reasons alone cannot explain these changes. During the unification process for the relevant IPCC report, the government representatives involved increased the number of reference scenarios, excluded intervention scenarios, and prevented scenario names that emphasized the interventionist character of those scenarios with low emissions. These findings illustrate difficulties in scenario construction that need to be resolved for the next generation of IPCC scenarios.” (Girod/ Mieg 2008. 311)

Bislang also wurde in den Szenarien des IPCC das eigentlich wesentliche Thema Governance sehr zurückhaltend thematisiert.

Tellus: “Great Transformation”

Seit Jahren befasst sich der US-Politikwissenschaftler Paul Raskin im Kontext verschiedener Arbeitszusammenhänge mit der Entwicklung von Szenarien, mit denen die erforderlichen und anstehenden gesellschaftlichen Umbrüche vor allem wegen der sozialen und ökologischen Herausforderungen und Krisen fundiert beschrieben werden. Er spricht in Anlehnung an einen Klassiker von Karl Polanyi von Transformation. In der jüngsten Variante solcher Szenarien, die kürzlich mit dem

Titel "Great Transformation" (Raskin et al. / Tellus 2010) publiziert worden sind, skizziert das Autorenteam drei Szenarien, die nach ihren wesentlichen Merkmalen bezeichnet sind: Märkte als bestimmender Faktor („Market Forces“), stärkere politische Einflussnahme und Steuerung („Policy Reform“) und schließlich defensiv-nationalistische Abgrenzung („Fortress World“).

Hierzu heißt es in der Studie über die erforderliche „Great Transformation“ (Raskin et al. 2010, S.5): „Market Forces scenario relies on price-induced market adaptations and opportunities to address sustainability. Policy Reform focuses on governmental strategies to promote the diffusion of better technologies and mobilize international efforts to alleviate poverty. Great Transition envisions a shift to a development paradigm rooted in new set of core human values that entrains lifestyles, technology and policy to be compatible with broad sustainability objectives. Fortress World.... “

Im Fokus der jüngsten Publikationen des Wissenschaftlerteams um Raskin stehen quantitative Trendaussagen in den drei angegebenen Varianten. Sie nutzen Simulationen zahlreicher wichtiger sozio-ökonomischer und ökologischer Parameter und bieten damit eine hilfreiche Basis für die Einschätzung möglicher und wahrscheinlicher Entwicklungstrends und –möglichkeiten. Zudem wird von diesem Team in ihrer Diskussion künftiger Entwicklungen ganz deutlich zum Ausdruck gebracht, dass zur Umsteuerung in eine nachhaltigere Entwicklungsrichtung immense strukturelle Reformen durchgesetzt werden müssen (siehe Rosen / Electric / Raskin 2010:15): „But such a deep shift in values and institutions can only emerge as a collective project of global citizens for a Great Transition, a development that is far from guaranteed. It will require a change of development direction on a par with earlier great transitions of civilization to settled agriculture and industrial society. Perhaps the findings presented here, in suggesting the desirability – even necessity – of a Great Transition, will help spur action to achieve it.“ Anvisiert ist eine planetarische Zivilisation, die aber umfangreiche und weitgehende individuelle und institutionelle Innovationen erfordert: „Yet, the sustainability challenge presents, as well, the prospect of transcending technological solutions with a transformation in human values and restructuring of economic and governance institutions. If humanity musters the will for a Great Transition, a new and vital phase of human history could open in this century: a planetary civilization that pursues peace and justice, delivers material sufficiency and rich lives, and under-

stands humanity as a respectful member of a wider community of life.” (Raskin et al. 2010: 2648)

Charakteristisch ist nun auch an diesen Szenarien – obwohl sie gesellschaftlichen Wandel als besonders wichtig erwähnen, dass in ihnen nicht weiter konkretisiert oder zumindest angedeutet oder skizziert wird, in welche Richtung und in welchen Hinsichten die Individuen und Institutionen zu verändern wären – und wie und von wem. Governance ist also auch hier nicht ernsthaft beschrieben und erörtert.

State of the Future (UNU-Millennium-Project)

Der Bericht „2010 State of the Future“ (SOF) ist der inzwischen 14. Report, der vom Millennium Project veröffentlicht wurde. Dieses Netzwerk versteht sich als globaler Think Tank mit der Beteiligung von 31 Knotenpunkten („Millennium Project Nodes“). Das Millennium Project agiert global und partizipativ in Form einer NGO unter Schirmherrschaft der World Federation of United Nations Associations (WFUNA). Die Intention besteht darin, Experten und Expertinnen in Konzernen, Universitäten, NGOs, Organisationen der UNO und Regierungen einzubinden und in einem partizipativen Prozess den globalen Wandel auf Wege zur nachhaltigen Gestaltung der Zukunft hin zu untersuchen.

Der nun veröffentlichte Bericht bietet wieder einen aktualisierten und umfassenden Überblick über globale Trends und Zukunftsperspektiven für Gesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Umwelt.

Der „Index für den Fortschritt der Welt“ gehört zu den festen Rubriken des jährlichen Zukunftsberichts. Dieser State of the Future Index (SOFI) beinhaltet die aktualisierte Analyse von fünfzehn zentralen globalen Herausforderungen. SOFI ist ein Versuch, den Fortschritt der Welt und einzelner Nationen mit Blick auf das nächste Jahrzehnt quantitativ abzuschätzen und darzustellen. Er soll zeigen, ob sich global und national eine Verbesserung oder eine Verschlechterung abzeichnet. SOFI wird errechnet aus einer Auswertung statistischer Daten und zentraler Kennzahlen zu insgesamt 29 Variablen. Dazu gehören etwa Alphabetisierungsraten, Zugang zu Wasser, Anzahl der Kriege, Kindersterblichkeit. Ergänzend fließt eine jährliche Delphi-Erhebung ein, bei der Experten Prognosen zu den jeweiligen Variablen abgeben. Zu den positiven Trends gehören demnach Fortschritte hinsichtlich Lebenserwartung, Kindersterblichkeit, Alphabetisierung, Pro-Kopf-

Bruttosozialprodukt, Konflikte, Internetnutzer. Demgegenüber werden Probleme gesehen in Bezug auf CO₂-Ausstoß, Terrorismus, Korruption, globale Erwärmung, Größe der Wahlbevölkerung, Erwerbslosigkeit.

Das generelle Fazit hierzu lautet im jüngsten Bericht: "Although the future has been getting better for most of the world over the past 20 years, the global recession has lowered the State of the Future Index for the next 10 years. The global financial crisis and climate change planning may be helping humanity to re-think its assumptions and move from its often self-centered adolescence to a more globally responsible adulthood". (Glenn et al. 2010)

Einige der Einschätzungen und Szenarien mögen helfen, das mittel- und langfristige Vorstellungsvermögen zu stärken. Allerdings stört, wie so oft bei angelsächsisch dominierten Zukunftstexten eine gewisse Naivität gegenüber rein technischen Erfindungen und deren vermeintlichem Problemlösungspotential. Damit verbunden ist eine erstaunliche Ignoranz gegenüber humanen und gesellschaftlichen Voraussetzungen und sozialwissenschaftlichen Erfahrungen und Erkenntnissen hinsichtlich sozial-kulturellem Wandel – der basale Faktor Macht oder gar Machtstrukturen werden so gut wie nicht thematisiert, über die Beharrungskräfte und dahinter stehende Interessenkonstellationen und Ideologien wird kein Wort verloren.

Dieses Defizit findet sich auch in dem Anhang "Appendix D: Governance-Related Studies". Dort sind mehrere Beiträge versammelt, die aus früheren Berichten stammen und dem Bereich Government und Governance gewidmet sind:

Appendix D I. Government Future Strategy Units and Some Potentials for International Strategic Coordination

Appendix D II. Report on a Real Time Delphi Study of Some Elements of the Next Global Economic System

Appendix D III. Global Goals for the Year 2050 Global SOFIs

Appendix D IV: World Leaders on Global Challenges

Darunter befindet sich auch ein Text aus dem Bericht von 2008 mit dem Titel "4. Government Future Strategy Units and Some Potentials for International Strategic Coordination". Dort werden auf der Basis eigener Angaben Regierungsgremien beschrieben, die sich mit Zukunftsthemen befassen. Sie bieten einen ersten Eindruck über Institutionen, die im Zuge einer Umfrage genannt worden sind. Die

strategischen Ansätze, deren institutionelle Einbettung und strategische Positionierung – also die Frage des „Wie?“ – werden gleichwohl nicht erwähnt. Konstruktive Ansätze lassen sich allerdings in dem Unterkapitel 9 finden, das als „global challenge“ betitelt ist mit „How can the capacity to decide be improved as the nature of work and institutions change?“ (Glenn et al. 2010, S. 28) Als wichtige Lösung wird die Entwicklung von „transinstitutional decisionmaking“ und Schaffung von computergestützten „common platforms“: „More open systems, democratization, and interactive media are involving more people in decisionmaking, which further increases complexity. Fortunately, the world is moving toward ubiquitous computing with institutional and individual collective intelligence systems for ‚just in time‘ knowledge visualization, and a variety of decision support software (DSS) are increasingly available at falling prices. DSS improves decisions by filtering out bias and providing a more objective assessment of facts and potential options. Some software lets groups select criteria and rate options, some average people’s bets on future events, while others show how issues have alternative positions and how each is supported or refuted by research.“ (Glenn et al. 2010, S. 28)

Ergänzend wird in diesem State of the Future Bericht empfohlen, dass Trainingsprogramme für Entscheidungsträger entwickelt werden sollten, in denen zusammengestellt würde „why irrational decisions are made, lessons of history, future research methods, forecasting, cognitive science, data reliability, utilization of statistics, conventional decision support methods (e.g., PERT, cost/benefit, etc.), collective intelligence, ethical considerations, goal seeking, risk, the role of leadership, transparency, accountability, participatory decision-making, with new decision support software, e-government, ways to identify and better an organization’s improvement system, prioritization processes, and collaborative decision-making with different institutions. Challenge 9 will be addressed seriously when the State of the Future Index or similar systems are used regularly in decision-making, when national corporate law is modified to recognize transinstitutional organizations, and when at least 50 countries require elected officials to be trained in decision-making.“ (Glenn et al. 2010, S. 28f.)

Die in solchen Aussagen sich ausdrückenden Einschätzungen, Horizonte und Interessen spiegeln zum einen interessante Ansätze und Perspektiven, andererseits aber auch die spezifischen Eigeninteressen und Sichtweisen einer bestimmten

Organisation. Gleichwohl sind hier Aspekte einer zukunftsorientierten Governance explizit angesprochen.

World Business Council for Sustainable Development: Vision 2050

Das World Business Council for Sustainable Development (WBCSD / Weltwirtschaftsrat für Nachhaltige Entwicklung) wurde 1995 gegründet. Es handelt sich um eine von Unternehmensvorständen geführte Organisation bzw. ein Netzwerk und widmet sich dem Thema „Wirtschaft und Nachhaltige Entwicklung“. Das WBCSD fungiert einerseits als Impulsgeber für Unternehmen, um deren Arbeitsweise in Richtung nachhaltige Entwicklung zu verändern, und andererseits vertritt das WBCSD Unternehmensinteressen vor allem auf der internationalen politischen Ebene (z.B. bei UN-Klimakonferenzen).

An dem WBCSD-Projekt „Vision 2050“ beteiligten sich 29 Mitgliedsunternehmen und erarbeiteten eine Art Prognose für das Szenario „Weiter wie bisher“, darüber hinaus aber eine Nachhaltigkeitsvision samt Entwicklungspfad dorthin und konkreten Chancen zur Verwirklichung für Unternehmen.

Die gemeinsame Vision handelt von einer Welt, die 2050 auf dem Weg zur Nachhaltigkeit ist, und eine Beschreibung dieses Wegs. Er erfordert nach Auffassung des WBCSD tief greifende Veränderungen in den Lenkungsstrukturen, in den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und im Verhalten von Menschen und Unternehmen. In den Diskussionen darüber zeigte sich, dass solche Veränderungen notwendig und machbar sind und dass sie Chancen für jene Unternehmen bieten, die Nachhaltigkeit in ihre Strategie integrieren.

In der Kurzfassung des Berichtes heißt es: „The Vision 2050 study lays out a pathway leading to a global population of some 9 billion people living well, within the resource limits of the planet by 2050. (...) This endeavor has resulted in a call to action that aims to encourage companies to reinvent themselves, their products and services to get where they and society want to be. Participating companies contributed through workshops, virtual working groups and feed-back throughout the project. Vision 2050 also runs a Regional Engagement Program to ensure the project is informed and validated by the major regions of the world.“ (WBCSD 2010)

Der Anspruch der Projektarbeit ging aber noch weiter: “The Vision 2050 Initiative of the World Business Council for Sustainable Development is an ambitious, inter-

national initiative aimed at clarifying what "on track" to sustainable development might look like using a combination of futures methods – visioning, back casting and modeling. In addition to helping business rethink its role in – and understanding of – sustainability challenges this initiative provides a case study for comparing and relating the effectiveness of different futures methods." (WBCSD 2010)

In dem Kapitel über die Vision 2050 des Berichts heißt es in der Passage über Governance:

„Multi-partner governance

Nations and the roles of governments continue to evolve. Governance systems skillfully make decisions at the most appropriate local level. Nations “pool sovereignty” where necessary to manage international systems and challenges such as disease, climate, water, fisheries, conflicts and commons. They encourage local governance and connect neighborhoods to a mosaic of partners, be they grass-roots groups or international organizations, to help local groups manage issues like adaptation to climate change and access to water and sanitation. Much governance happens at community, city and regional levels. It is a complex, yet efficiently connected world.

In markets: Innovating and deploying solutions

Governance also enables and guides markets by clarifying limits and establishing frameworks that promote transparency, inclusiveness, internalized externalities, and other characteristics of sustainability. These systems define targets, create a level playing field and eliminate barriers, enabling business to innovate and to develop and deploy solutions.“ (WBCSD 2010, S. 6)

Hier recurriert der WBCSD sehr deutlich auf das von Wirtschaftsakteuren generell favorisierte Subsidiaritätsprinzip, zugleich aber wird die vernetzende Funktion staatlicher Institutionen betont. An zahlreichen Stellen der Vision 2050 wird die erforderliche enge Zusammenarbeit zwischen Regierungen, Wirtschaft, Gesellschaft und Wissenschaft hervorgehoben – sei es aus Gründen der Wahrnehmung von Problemen und Herausforderungen, sei es zum Zweck der gemeinsamen Lösung der Probleme und der Bündelung der dafür erforderlichen Ressourcen. Der Umbau der industrialisierten Gesellschaften wird eine immense Kraftanstrengung und z.B. neue Infrastruktursysteme, Energiesysteme etc. erfordern. Während der strategische Fokus auf der internationalen Ebene liegt, wird immer wieder unterstrichen, dass die enge Zusammenarbeit auf allen Ebenen erfolgen sollte.

„The systems and structures that support human and ecosystem well-being – including housing, mobility, energy, water and waste management – do not operate in isolation. The interconnected and interdependent nature of these elements will be increasingly important, informing the understanding of challenges and the development and design of solutions. Similarly, the range of issues to be faced during the transition to a sustainable future will cross borders, sectors and industries. Many sources of influence, information, assets and capabilities will be required, supplied through complex coalitions made up of a number of different actors and areas of expertise – public, private, civil and academic sector individuals and organizations. These new structures will blend the best of each sector’s knowledge, assets and capabilities in seamless partnerships to tackle many of the challenges we face.

These partnerships will form at local, regional, national, and international levels, and will grow not only in size but also in depth, strength and impact. They will be far more strategic and pervasive than the one-off, tactical relationships we have witnessed to date and as a result of the different development priorities of those involved, more likely to deliver both economic and social improvements.“ (WBCSD 2010, S. 61f.)

Abgesehen von einzelnen Mechanismen künftiger Politik und der allgemein gehaltenen Aufforderung nach intensiverer Kooperation von Regierungen mit Wirtschaft und Gesellschaft gibt es in diesem Szenario keine genauere Schilderungen von Governance, von Akteurskonstellationen, neuen Institutionen, neuen Verfahrensweisen und Entscheidungsprozessen.

3.2. Beispiele aus dem Feld der Science Fiction

Bellamy: Ein Rückblick aus dem Jahre 2000

Durch einen Starrkrampf im Mai 1887 in Boston kommt in dem Roman „Ein Rückblick aus dem Jahre 2000“ die Hauptfigur Julian West ins Jahr 2000, und in den Konversationen mit den Menschen dort werden Aspekte, Zustände und Artefakte angesprochen wie: Arbeiterbewegung, Lohnsystem, Streiks, Existenzangst, Selbstbestimmung, Güterverteilung, Handel, Leistung, Verdienst, Konsum, Musik/Kunst, Singen, technische Übertragung per Telefon, Individualismus, Invalidenkorps, Musikwecker, internationaler Handel, Schutzdächer statt Regenschirme, Bedie-

nung/Service, Buchwesen, Warenverteilung, Verteilungsamt (inklusive großer Maschinen), Beschwerden, wirtschaftliche Dienstpflicht, Verbrechen, Drang nach Geld, Atavismus, Erziehungswesen und teilweise sogar das Thema Regieren. Bellamy geht es als engagiertem Sozialisten darum, die Mängel und Fehler des in Ausbreitung befindlichen Kapitalismus anzuprangern. Dabei führt er unter anderem vier Typen großer Verlustbereiche und Vergeudungen in kapitalistischen Gesellschaften aus, um dadurch Vorteile geplanter (also sozialistischer) Ökonomien hervorzuheben; Verluste entstehen systembedingt durch: verfehlte Unternehmungen (z.B. Fehlinvestitionen), Konkurrenz und Feindschaft (die Verlierer gehen unter), periodische Krisen, brachliegende Arbeitskräfte und Kapital (Bellamy 1965: 195f.).

Bei Bellamy kommt die politisch-taktische und ideologische Funktion seines Romans unmittelbar zum Ausdruck, er kritisiert bspw. Anarchisten und hebt die hohe Moral des neuen künftigen Gesellschaftssystems hervor. Er formuliert dazu eine Metapher für die Verwirklichungsmöglichkeiten der Menschen: eine Rose könne in einem Sumpf einfach nicht gedeihen, aber wenn sie in gute fruchtbare Erde gesteckt würde, blühe sie auf (Bellamy S. 244). Schließlich wird seinem Hauptdarsteller gewahrt, dass alle „Erlebnisse“ nur ein Traum gewesen sind: er wacht in seinem alten Bett und erleidet eine Art Realitätsschock (S. 259), da er wieder mit den inhumanen Verhältnissen, der Unmoral, den Verbrechen, der Unterentwicklung konfrontiert ist. Und als er in einer Freundesrunde dies alles schildert, wird er angefeindet und als Fanatiker abgestempelt etc. – dabei geht es ihm um eine „Erhöhung der Menschheit“ (S. 279f.).

Wie in anderen Science Fiction Romanen werden auch bei Bellamy Regieren und Governance nur in einer Passage kurz angesprochen (S. 177f.) und ansonsten vornehmlich die anzustrebenden bzw. verwirklichten guten Zustände beschrieben, also dass es z.B. keine Schulden, keine Verbrecher, keine Verschwendung gibt (S. 192), dass hingegen Frauen in Machtpositionen zu finden seien.

Skinner: Futurum II

Der führende Vertreter der behavioristischen Psychologie und Lerntechnologie Skinner, der zahlreiche seiner Erkenntnisse aus Tierversuchen gewann, verfasste nach Ende des Zweiten Weltkrieges eine als positiv intendierte Utopie, deren Untertitel angelehnt ist an den berühmten US-Klassiker „Walden“ von Thoreau,

der damit ein freies und selbstbestimmtes Leben in der Natur fernab der industrialisierten Massenkultur beschrieben hatte. In einer Art Gegenstatement malte Skinner in seinem Science Fiction Roman harmonische gesellschaftliche Verhältnisse aus, die alle Menschen erreichen könnten ohne sich in die Einsamkeit eines Waldes zurückziehen zu müssen.

Friedfertigkeit, Interessenausgleich, menschenwürdige Arbeit etc. könnten bewusst von den Menschen erreicht werden. Besonders charakteristisch an Skinners Zukunftsentwurf ist die Art, wie dieser optimale Gesellschaftszustand zu erreichen wäre: durch „optimale Konditionierung unserer Verhaltensformen“, durch „programmiertes Lernen“ und „Lernmaschinen“, also letztlich durch einen auch an Tieren beobachteten Mechanismus des kontinuierlichen Wiederholens von Positiv- und Negativsanktionen („reinforcement and negative reinforcement“).

Durch diese Konditionierung der Menschen würden wünschenswerte Verhaltensweisen verstärkt und zu Wiederholungen gebracht, während als unpassende oder dysfunktional angesehene Verhaltensweisen gewissermaßen abtrainiert werden könnten („Zeitintervallsreaktionsquotenverstärkung“). Bezugspunkt dafür ist der sogenannte „Futurum II Kodex“, der je nach Bedarf erneuert und angepasst werden kann; er ist eine „sorgsam ausgearbeitete Kulturaufsicht, durch die nicht das definitive Verhalten, sondern die Voraussetzungen dazu – die Motive, Wünsche, Neigungen“ überwacht und gelenkt werden – von sechs Planern (Skinner, S. 273). Futurum II wird daher auch als „programmierte Gesellschaftsordnung“ angesehen und skeptisch beurteilt, da es eine sehr manipulative, technokratische – eben „behavioristische“ – Herangehensweise beschreibt und favorisiert, eine Art Expertokratie.

Damit wurden vehemente Diskussionen ausgelöst. Und in einem Interview darüber äußerte Skinner: „Ich habe mir keine realitätsferne, wahnhafte Utopie ausgedacht. Eine Gesellschaft, wie ich sie entworfen habe, ist jederzeit möglich. Es sollte unvoreingenommenen Menschen doch gelingen, sich zusammenzuschließen, ihr Leben zu planen und auf Konsumgewohnheiten zu verzichten, um so einen Teil der menschenunwürdigen Arbeit abzuschaffen. Diese Gruppe sollte meiner Meinung nach in der Lage sein, ihre soziale Umgebung im Hinblick auf mehr oder weniger befriedigendere Kontakte zu gestalten, ein Schulsystem zu entwickeln, das Kinder wirksam auf das Leben, das sie führen werden, vorbereitet, und ein ökonomisches System zu schaffen, das für Arbeit zumindest günstigere

Bedingungen garantiert (...) Wenn eine Lebensweise geplant wird und sich nicht aus einer Reihe von Zufällen der kulturellen Entwicklung ergibt, sind Planer da, die zu Despoten werden können. Aber jedes System lässt sich gegen Missbrauch durch Despoten absichern.“ (Skinner 1972, Vorbemerkung)

Noch deutlicher und offensichtlicher wird an diesem Roman die Zeitgebundenheit und Ideologiefundierung bei der Formulierung von Zukünften. Zugleich wird in dem Zitat von Skinner das in typischer Weise beschränkte und deformierte, letztlich unzureichende und naive Menschen- und Gesellschaftsbild von Behavioristen offensichtlich. Skinner, der gelegentlich in militärischen Bereichen tätig war, bringt hier einen banalen Mechanismus von Befehl und Gehorsam, von Instrumentalisierung, von Unterordnung und Einordnung zur Funktionserhaltung eines Systems bzw. einer Organisation zum Ausdruck. Gleichwohl nahm er in gewissem Sinne die in den 1960er und 1970er Jahren begonnenen unzähligen Versuche alternativen Lebens voraus – die allerdings völlig anders, nämlich eher „bottom-up“ konzipiert wurden und mehr oder weniger gut funktionierten – oder nicht.

LeGuin: Planet der Habenichtse

In diesem Science Fiction Roman geht es wiederum um die Darstellung von unterschiedlichen gesellschaftlichen Modellen, die auf den beiden Planeten Urras und Anarres gelebt werden. Urras ist der Ursprungsplanet der menschlichen Bewohner, von dem aus nach einer gescheiterten anarchistischen Revolution die Aufständischen ins Exil nach Anarres aussiedeln konnten. Zwischen beiden wurde eine gegenseitige Isolation vereinbart, die nur durch einen geringen Warentausch durchbrochen wird.

Während sich Urras zu einer sehr technisierten Welt mit einer Reihe konkurrierender autoritärer Systeme entwickelt, wo neben kapitalistischen Staaten auch sozialistische und eine Militärdiktatur existieren, versuchen die Anarchisten auf dem unwirtlichen Planeten Anarres eine neue Existenz aufzubauen und ihren Idealen (und denen ihrer Gründer, vor allem Odo) treu zu bleiben.

Ein genialer theoretischer Physiker aus Anarres, der an einer Theorie arbeitet, die u.a. Reisen mit Überlichtgeschwindigkeit ermöglichen würde, begibt sich mangels hinreichender Anerkennung auf seinem Heimatplaneten nach Urras, um dort durch neue Kontakte seine Theorie zu vervollständigen. Seine Reise, die Begegnungen, Gespräche, aber auch Rückblicke auf sein Leben auf Anarres kontrastie-

ren die beiden Gesellschaftsformen und seine Reflexionen darüber. Besonders offensichtlich ist die Emanzipation der Frauen auf Anarres, die aber eingebettet ist in andere weitgehende Entwicklungen und Transformationen. Der aus Anarres stammende Physiker formuliert in einer Unterhaltung mit einer Frau aus Urras: „Wir haben nichts als unsere Freiheit. Wir können euch nichts geben als eure eigene Freiheit. Wir haben keine Gesetze als das eine und einzige Prinzip der gegenseitigen Hilfe. Wir haben keine Regierung als das eine und einzige Prinzip der freien Gesellschaftsbildung. Wir haben keine Staaten, keine Nationen, keine Präsidenten, keine Premiers, keine Häuptlinge, keine Generäle, keine Bosse, keine Bankiers, keine Hausbesitzer, keine Löhne, keine Wohlfahrt, keine Polizei, keine Soldaten, keine Kriege. Und auch sonst haben wir nicht viel. Wir sind Teilende, nicht Besitzende. Wir sind nicht wohlhabend. Keiner von uns ist reich. Keiner von uns ist mächtig. Wenn ihr Anarres wollt, wenn es die Zukunft ist, die ihr sucht, dann sage ich euch, dass ihr mit leeren Händen kommen müsst. Ihr müsst allein kommen, und nackt, wie das Kind in die Welt, in seine Zukunft kommt, ohne Vergangenheit, ohne Besitz, ganz und gar von anderen Leuten abhängig, um zu leben. Ihr könnt nicht nehmen, was ihr nicht gegeben habt, und ihr müsst euch selbst geben. Ihr könnt die Revolution nicht kaufen. Ihr könnt die Revolution nicht machen. Ihr könnt nur die Revolution sein. Sie ist in euch, oder sie ist nirgends.“ (Le-Guin S. 274)

Während in diesem Roman wiederum die Prinzipien und kulturellen Muster einer künftigen Gesellschaft anschaulich beschrieben werden, zudem die Zusammenhänge und Spannungen zwischen individuellen und gesellschaftlichen Aspekten, wird nicht genauer ausgeführt, „wie“ es dazu kommen konnte, wie also eine Mehrheit oder gar alle BürgerInnen diesen Kurs lebten, und wie eine komplexe Gesellschaft gesteuert und gemanagt wird.

Callenbach: Ökotopia

Ernest Callenbach schildert in seinem Roman die durch Sondergenehmigung mögliche Reise eines US-Reporters durch den der Außenwelt weitgehend unbekanntem Staat Ökotopia. Der Roman wurde um 1974 verfasst, die Handlung spielt 1999, und wird in der Form von Reportagen und Tagebucheinträgen des Reporters William Weston artikuliert. Ökotopia ist eine durch militärische Attacken begleitete Abspaltung des ehemaligen Gebietes von Oregon, Nordkalifornien und Washing-

ton State. Diese Abspaltung hatte eine Isolierung und das Verbot sämtlicher Kontakte zur Folge, so dass sich in Ökotopia ein ganz neues Gesellschaftsmodell mit sozialen ökologischen und nachhaltigen Prioritäten entwickeln konnte.

Der Reporter beschreibt im Laufe seiner Reise und den zahlreichen Gesprächen Land und Leute, ihre Beziehungen und Lebensstile (kommune-ähnliche Gemeinschaften statt Kleinfamilien), die Geschlechterbeziehungen und den hohen Grad an sexueller Freiheit, nachhaltige Energieproduktion (Solar), Landwirtschaft, Bildung und Ausbildung. Die Bewohner von Ökotopia werden als aufgeschlossene, kreative und engagierte, kollektiv orientierte Bürger mit ökologischem Bewusstsein beschrieben – eine Art Modell für einen „neuen Menschen“. „Die Ökotypianer sprechen zwar nach wie vor von ‚Familien‘, meinen damit aber Wohngemeinschaften von 5 bis 20 Mitgliedern, die keineswegs immer miteinander verwandt sind. In vielen dieser Familien teilt man sich nicht nur die Versorgungs- und Haushaltspflichten, sondern auch die Kindererziehung.“ (Callenbach, S. 87)

In diesem Roman werden technische und kulturelle Möglichkeiten beschrieben, die im Entstehungszeitraum bereits bekannt waren und teilweise praktiziert worden sind.

Das politische System ist föderal und dezentral strukturiert, sehr basisorientiert und verfügt über zwei wesentliche Parteien. Das Präsidentenamt hat eine Frau inne (Vera Allwen), die beispielhaft und glaubwürdig die von ihr vertretenen Prinzipien verkörpert und sehr auf Transparenz achtet, die u.a. durch entsprechende Massenmedien, insbesondere das Fernsehen, unterstützt wird.

Fleck: Tahiti-Projekt

Dieser vom Verlag als Öko-Thriller angepriesene Roman (er erhielt den Deutschen Science Fiction Preis 2009) spielt im Jahr 2022. Wiederum steht ein Journalist im Zentrum. Er reist rund um den Globus, um für das Medienimperium »Emergency!« über die Öko-Krisen der Welt zu berichten, die immer häufiger und extremer ablaufen. Dann erhält er den Auftrag, nach Tahiti zu reisen und über das Tahiti Projekt zu berichten, denn »eine obskure Öko-Sekte« habe dort die Macht übernommen und sei im Begriff, eine neue Gesellschaftsordnung aufzubauen. Ein charismatischer und gebildeter junger Präsident hat demnach im Jahr 2013 die Unabhängigkeit Polynesiens von Frankreich erreicht, indem er auf Entschädigungsansprüche gegen den französischen Staat verzichtete und gleichzeitig inter-

nationale Hilfsgelder für ein Entwicklungsprojekt zugesprochen bekam. Von der Außenwelt in Ruhe gelassen wird unter seiner Führung die Inselgruppe mit alternativen Technologien und Bezug auf eigene sozial-humane und ökologische Traditionen und durch eigene Anstrengungen zukunftsfähig entwickelt. Den eingeladenen ausländischen Journalisten werden auf Tahiti die Möglichkeiten der regenerativen Technologien und eines nicht-westlichen Gesellschafts- und Entwicklungswegs vorgestellt, und viele sind davon begeistert und sie verbreiten es. Doch der Fund größerer Mengen eines wichtigen Metalls in den Hoheitsgewässern führt zur Vorbereitung einer Intervention chinesischer und US-amerikanischer Konzerne und Marine, wodurch ein Wettlauf mit der Zeit entsteht. Das rettende Ereignis ist – neben dem Auftritt einer Armada von polynesischen Ruderbooten – eine historische Ansprache des Präsidenten Omai vor der UN-Vollversammlung, wo er die Nationen überzeugen möchte vom Tahiti-Projekt als einem bedeutsamen Lösungsansatz für die ganze Menschheit:

»Wenn wir es nicht schaffen, unsere Gemeinden und Regionen autark zu machen, bauen wir auf dem Weg in eine bessere Welt nur Luftschlösser. Das Zauberwort für die Zukunft heißt Dezentralisierung. Wir müssen weg von den seelenlosen, aufgeblähten Staatsgebilden. Das Wissen der Ureinwohner ist die wichtigste Ressource der Menschheit. Nur wenn es gelingt, dieses Wissen mit der modernsten umweltschonenden Technik in Verbindung zu bringen, haben wir noch eine Chance, die fürchterlichen Entwicklungen umzukehren, die unseren göttlichen Lebensraum Erde in einen verrottenden Industrie- und Verkehrspark verwandelt haben. Die Zivilisation ist mit ihrem Latein am Ende. Sie gleicht einem Schiff, das ohne Kenntnis der Naturgesetze gebaut wurde und nun orientierungslos dahinschlingert. Es fehlt ihr an spiritueller Verbundenheit, mit deren Hilfe sie bewusst einen Kurs hätte wählen können, der eben nicht in die Katastrophe mündet.« (Fleck 2007, S. 318)

Die im Buch beschriebenen umweltschonenden technischen Lösungen gibt es bereits, sie sind allerdings noch nicht flächendeckend eingesetzt, und auch einige der skizzierten sozioökonomischen Modelle für die Bereiche Arbeitswelt, Bildung, Geldsystem und Gesundheitswesen sind konzeptionell bereits vorhanden. Die politischen Entscheidungs- und Steuerungsprozesse werden nicht beschrieben, Governance findet so gut wie nicht statt bzw. wird vornehmlich geschildert als

aufgeklärtes Handeln eines weisen und tatkräftigen Führers – Anklänge an Kennedy oder Obama sind sicherlich gewollt.

In diesem Roman werden einige Governance-Probleme und –Lösungen kurz angesprochen. Vor allem der Aspekt der politischen Repräsentanten, also der möglichst nahen Rückbindung an die Wählerschaft. „Wir sind der Meinung, dass wir unser Gesellschaftssystem in vier Subsysteme gliedern müssen. Jedes dieser Subsysteme soll durch ein eigenes Parlament repräsentiert sein. Wir hätten also ein Wirtschaftsparlament, das sich um die Bereiche Konsum, Produktion, Handel und Geld kümmert. Ein politisches Parlament, das für Boden und Verkehr, innere und äußere Sicherheit, Außenpolitik, Rechts- und Verfassungspolitik zuständig ist. Ein Kulturparlament, zuständig für Bildung, Wissenschaft und Kunst, und nicht zuletzt ein Grundwerteparlament. In ihm werden alle Fragen behandelt, die sich um Ethik und Spiritualität drehen. Jeder der Bezirke in Polynesien schickt vier Abgeordnete in die Parlamente, einen für jedes Haus. Engagierte Menschen, die sich ausschließlich um Dinge kümmern, von denen sie etwas verstehen und für die sie gewählt worden sind.“ (Fleck, S. 169) Diese Parlamentsidee stammt von Johannes Heinrichs „Revolution der Demokratie – Eine Realutopie“ (2003). Allerdings wird auch dies im Roman nicht weiter aus-geführt – obwohl es eingeführt wurde weil es besser funktionieren soll als die früheren parlamentarischen Systeme.

Star Trek – Classic / Raumschiff Enterprise

Auch im Bereich des Films – für Fernsehen und Kino – wäre zu untersuchen, ob und wie dort Politik bzw. Governance thematisiert wird. Hier soll nur ein Beispiel erörtert werden: Aus der weit verbreiteten Science-Fiction-Serie Star Trek die Classic-Phase. Aus den meisten Classics-Episoden lässt sich schließen, dass die US-amerikanische Zivilisation als die beste aller Welten angesehen werden sollte: Das Eigene ist gut und so wie es ist, soll es bleiben. Gesellschaftliche Utopien werden nicht benötigt. Fortschritt ist nur als technischer Fortschritt begreifbar, sinnvoll und wünschbar. Allerdings wird diese ideologische Grundhaltung gelegentlich unterbrochen, indem z.B. der grundlegende Widerspruch zwischen technischen Fertigkeiten und menschlichen Fähigkeiten thematisiert wird. Die Kluft wird in Star Trek in einer Episode der Classics-Serie besonders deutlich. Dort wird ein Mann namens Gary Seven unbeabsichtigt an Bord der Enterprise gebeamt. Er befindet sich auf dem Weg zurück in die Vergangenheit, um die Erde am Ende des

20. Jahrhunderts vor dem Untergang zu retten, der aufgrund verschiedener selbsterstörerischer Prinzipien unausweichlich scheint. Ein gravierendes Problem besteht seiner Auffassung nach darin, daß "Earth technology and science have progressed faster than political and social knowledge." Auch Captain Kirk äußert Ähnliches in der Episode "A Private Little War": "We once were as you are. Spears and arrows. Came a time when our weapons grew faster than our wisdom, and we almost destroyed ourselves. We learned from this to make a rule during all of our travels: never to cause the same to happen to other worlds." Dieses "selbsterstörerische Grundübel" scheint demnach im 23. Jahrhundert immer noch zu bestehen und von Star Trek noch nicht überwunden zu sein.

Allerdings kommen in einigen Star Trek Episoden auch progressive Prinzipien facettenhaft vor, die eine fort-geschrittene und reife politische Kultur auch in Zukunft kennzeichnen werden: Pluralismus, Toleranz, Multikulturalismus. In einigen Hinsichten war die Enterprise sogar Vorreiter in den USA der sechziger Jahre: eine Afroamerikanerin wurde in die Crew aufgenommen während im Lande schlimme Rassenunruhen tobten. Und in der Folge "Das unentdeckte Land" klingt sogar leichte Selbstkritik der zeitgenössischen Zivilisation und Politik an. Der weißhaarige Präsident der Föderation hält zu Beginn einer Friedenskonferenz eine Rede und sagt darin unter anderem: "Lassen Sie uns den Begriff Fortschritt neu definieren in dem Sinne, daß es nicht unbedingt notwendig ist etwas zu tun, nur weil wir in der Lage sind, auf diesem Gebiet etwas zu tun."

In einer noch expliziter selbstkritischen Folge wird die vermeintliche Suprematie der Menschenzivilisation definitiv in Frage gestellt, eine andere Zivilisation als weiter entwickelt anerkannt. Titel des Filmes lautet „Kampf um Organia“ (Orig.: Errand Of Mercy; Staffel 1, Folge 26; siehe http://de.memory-alpha.org/wiki/Kampf_um_Organia). Die Klingonen haben den Planeten Organia besetzt. Allerdings unternehmen die Organier keine Versuche, sich gegen die Invasoren zu wehren. Die Enterprise soll den Vormarsch der Klingonen so lange aufhalten, bis Verstärkung der Sternenflotte eintrifft. Kirk und Spock beamen sich auf die Planetenoberfläche, um mit der Bevölkerung über Abwehrmaßnahmen zu verhandeln. Auf den ersten Blick scheinen die Organier auf einer niedrigen Entwicklungsstufe zu stehen. Nichts deutet auf technischen oder kulturellen Fortschritt hin. Seit Jahrtausenden leben die Organier scheinbar wie im irdischen Mittelalter, wie "in einem riesigen Labor eingefroren", wie Spock später urteilt. Der Ältestenrat

des Planeten heißt die Besucher zwar willkommen, zeigt sich aber an den militärischen Angeboten der Föderation nicht interessiert – auch dann nicht, als die Klingonen tatsächlich auf dem Planeten erscheinen und ihn in Besitz nehmen. Kirk und Spock befinden sich nun in großer Gefahr, werden zur Tarnung neu eingekleidet – wobei die Organier deren Waffen an sich nehmen. Kirk gibt sich als Organier aus, Spock als vulkanischer Kaufmann. Dennoch erregen sie Verdacht und nachdem Kirk abermals versucht den Ältestenrat umzustimmen und seinem Unmut und Unverständnis über deren passive und scheinbar gleichgültige Haltung Ausdruck gibt, hören die Klingonen dieses Gespräch ab und nehmen Kirk und Spock fest.

Um Schlimmes von ihm abzuwenden, verrät der Vorsitzende des Ältestenrates, wer die beiden wirklich sind. Kirk und Spock werden daraufhin ins Gefängnis geworfen, jedoch vom Vorsitzenden des Ältestenrates aus dem Gefängnis befreit. Um die Rückgabe der Geiseln zu erzwingen, drohen die Klingonen mit der stündlichen Tötung von zweihundert Organiern und die ersten fallen seiner Drohung bereits zum Opfer. Um weiteres Blutvergießen zu verhindern, fordert Kirk von den Organiern die Herausgabe seiner Waffen. Dem-gegenüber gelingt es den Organiern mit einem anderen hocheffektiven Mittel, einen Krieg zwischen der Föderation und dem Klingonischen Reich zu verhindern: Alles wird nun so heiß, dass man es nicht berühren kann, auch auf der Planetenoberfläche. Dies betrifft nicht nur die Waffen, sondern alles, was man berührt, und die Waffensysteme sowohl der Enterprise als auch der Klingonenflotte sind ohne Energie und kampfunfähig. Als der klingonische Kommandant die Organierführer attackieren will, verwandeln diese sich in grelles Licht. Es stellt sich heraus, dass die Organier viel fortgeschrittener sind, als der äußere Schein vermuten lässt: dass sie aus Geist bestehen und eine bildhafte Erscheinung nur annehmen, um für andere Wesen „sichtbar“ zu sein. Denn sie haben sich bereits vor Jahrtausenden zu Geistwesen entwickelt. Daher wurde bei der Exekution, welche die Klingonen an den Organiern durchgeführt hatten, niemand wirklich getötet. Kirk ist von alledem offensichtlich sehr beeindruckt.

3.3. Governance in der Sekundärliteratur über Zukunftsforschung und Science Fiction

In der Sekundärliteratur über Zukunftsforschung und Science Fiction wird die Thematik Politik und Governance ebenfalls kaum diskutiert, doch in Ansätzen wird die eben skizzierte Einschätzung eines Defizits, einer Unterbelichtung, angesprochen.

So zitiert Rolf Schwendter in „Zur Geschichte der Zukunft. Zukunftsforschung und Sozialismus“ den Zukunftsforscher Michael Marien:

„So gut wie alle diese Zukunftsbilder (...) sind von den Notwendigkeiten politischer Aktion getrennt; ja sogar voneinander (...). Da gibt's keine Bemühung, auf eine höhere Synthese Wert zu legen; es gibt auch keine Subventionen für einen breiteren, integrierteren Ausblick (...). Nicht nur haben diese Banner darin versagt, einander gegenseitig zu beeinflussen, sondern es haben auch wenige, wenn überhaupt welche, eine intellektuelle oder politische Gefolgschaft erreicht, ja oft nicht einmal angestrebt. Wenige derer, die Gesellschaftsbilder vorschlagen, haben Willen, Fähigkeit, Geld oder Macht (sic!), um sich selbst in winzigen Aktionen zu engagieren. Die resultierende Abwesenheit jedweden starken, systematischen und positiver Weise anleitenden Bildes, das weithin verstanden und unterstützt wird, erlaubt es bornierten Interessen und langweiligen Klischees, unsere Geschicke nach Art einer Stückwerkmode zu lenken.“ (Michael Marien „Die Banner von Babel“, zitiert in: Schwendter 1984: 318)

Im Zuge der Thematisierung der Schattenseiten und zerstörerischen Negativeffekte der westlich-industriellen kapitalistischen Gesellschaftsentwicklung kam in Bezug auf Governance in der Zukunftsliteratur ein Thema auf, das aktuell wieder Bedeutung gewinnt vor dem Hintergrund, dass ein gesellschaftspolitisches Umsteuern von einigen Akteuren mit Nachdruck eingefordert wird, ja sich bereits als Notwendigkeit abzeichnet.

Auf einer generellen Ebene wurde für den Bereich der Zukunftsforschung im Umfeld der Debatte über Ökodiktatur z.B. von Richard Saage kommentiert, dass sowohl Hans Jonas als auch Ernst Bloch trotz unterschiedlicher Standpunkte spezifische Ansätze und Affinitäten für eine Ökodiktatur erkennen ließen bzw. starke

Zweifel äußerten, ob denn eine radikale Umkehr ohne autoritäre Maßnahmen und top-down-Politikstile (rechtzeitig) möglich sei (Saage 1997, S. 34f.). Diese Einschätzung wurde und wird in zahlreichen Science Fiction Romanen ausgemalt - nicht nur von Orwell, Huxley, und anderen Klassikern, sondern auch in jüngster Zeit werden mit Stichworten wie „Klimakriege“ destruktive Aussichten oder autoritäre Varianten einer gesellschaftlichen Umsteuerung beschrieben, wie z.B. in dem Roman „GO! Die Ökodiktatur. Erst die Erde, dann der Mensch“ von Fleck (1994). Dessen Elemente basieren auf der Annahme, dass sich im Jahr 2040 die Umweltbedingungen auf der Erde dramatisch verschlechtert haben und dass radikale Öko-Räte regieren: es bestehen Reise- und Bauverbote, Privatmedien gibt es nicht mehr, vegetarische Grundnahrungsmittel, Einheitskleidung und Wohnraum stellt der Staat, alle Bürger zwischen 18 und 55 müssen ihre Arbeitskraft in den ökologischen Neuaufbau einbringen.

Zugleich werden heute selbst sachlich gut begründete und plausible politische Maßnahmen von manchen Akteuren bereits als Ökodiktatur bezeichnet, um Ängste und Abwehr zu schüren. So lehnte der EU-Industriekommissar Günter Verheugen im Mai 2008 die Pläne der EU-Kommission zur Verringerung des Schadstoffausstoßes für Neuwagen ab. Verheugen warnte davor, die Bürger mit immer neuen Vorschriften zum Klimaschutz zu bevormunden. „Ich sehe mit wachsendem Unbehagen, wie Gesetzgeber auf allen Ebenen immer neue Regelungen erlassen, die in die privaten Lebensgewohnheiten eingreifen“, sagte er der Zeitung. „Wir nähern uns einem Zustand, den ich als Lifestyle-Regulierung bezeichnen würde“, so Verheugen weiter. Er wolle keine Gesellschaft, in der den Menschen vorgegeschrieben werde, wie sie in ihren eigenen vier Wänden zu leben hätten. Es gebe ja schon Menschen, die von einer „Ökodiktatur“ sprächen: „Wir dürfen die Bürger nicht entmutigen“, warnte der EU-Industriekommissär. (Sonntag, 11.05.2008 (http://www.focus.de/auto/diverses/klima-verheugen-warnt-vor-oekodiktatur_aid_301108.html))

Der Umweltredakteur Pötter hat 2010 in seinem Buch „Ausweg Ökodiktatur? Wie unsere Demokratie an der Umweltkrise scheitert“ als Alternative zur Ökodiktatur und autoritären Lösungswegen die Entwicklung einer „Ökokratie“ vorgeschlagen, mit der demokratische Verfahren einbezogen sind. Er warnt zugleich vor dem noch vorherrschenden „weiter so“: „Die multiple Umweltkrise kann man nicht

aussitzen. Nichts ist heute gefährlicher als die Idee, der Status quo ließe sich halten.“ (Pötter 2010, S. 85)

Dieser Themenkomplex sei hier nur als mögliche Variante künftiger Governance ins Gedächtnis gerufen – um das breite Möglichkeitsspektrum und den Handlungsdruck („sense of urgency“) zu unterstreichen.

4 – Resultate und Resümee

„Die Zukunft wird der Gegenwart sehr viel ähnlicher sein, als wir heute noch denken, aber die Gegenwart ist schon sehr viel anders, als wir sie heute wahrnehmen.“

(Alfred Andersch)

Der empirische Befund dieser kurzen und ausschnitt-weisen Bestandsaufnahme lautet: Im Zentrum der zukunftsbezogenen Beschreibungen sowohl der wissenschaftlichen Zukunftsstudien als auch der Science Fiction stehen fast immer inhaltliche und thematische Aspekte künftiger Zustände und Entwicklungen – also die policies, das „Was?“ (z.B. Soziales, Genderbeziehungen, Technologie etc.). Demgegenüber wird die Dimension von Governance – also das „Wie?“ – äußerst selten oder eher allgemein-abstrakt thematisiert und fast nie werden institutionelle Arrangements und Verfahren etc. genauer erläutert, politics und politics werden kaum beschrieben. In keinem der analysierten exemplarischen Zukunftstexte also wurde Governance in hinreichend genauer Art und Weise beschrieben. Entscheidungsträger und Interessierte erhalten demnach keine Hinweise und Anregungen für ihre künftigen Rollen, Institutionen und Arrangements, mit denen die beschriebenen und absehbaren Herausforderungen bewältigt werden könnten.

In der im Rahmen dieses Vorhabens gesichteten Zukunftsliteratur finden Governance und Governancestrukturen so gut wie keine klare und differenzierte Erwähnung. Diese „Leerstelle“ bzw. dieser „weiße Fleck“ lässt sich vor allem bei der Kategorie der Science Fiction Literatur nachvollziehen. Schließlich dienen derartige Werke zu einem mehr oder weniger großen Teil der Unterhaltung oder sie dienen der persönlichen Meinungsäußerung der AutorInnen, der Ausmalung von

subjektiven Wunschbildern und Wunschvorstellungen. Daher werden dort, fast so wie im „richtigen Leben“ – also bspw. in Reiseberichten und Schilderungen über alltägliche Begebenheiten und Abläufe, politische Strukturen und administrative Arrangements eher beiläufig und in sehr allgemeiner Weise erwähnt, so gut wie nie aber genauer beschrieben oder gar analysiert.

Etwas erstaunlicher ist das oben festgestellte Defizit, also Governance nicht zu thematisieren in der Zukunftsliteratur, also bei Zukunftsstudien und Szenarien. Wenngleich sie in diesem Feld häufiger angesprochen werden, dann erfolgt dies aber doch in lediglich sehr allgemeinen Hinweisen wie z.B. dem Postulat, dass Regierungen, Zivilgesellschaft und Wirtschaft enger und besser zusammenarbeiten müssten (z.B. WBCSD). Das Defizit hier wiederum mag damit zusammenhängen, dass Governancestrukturen eine komplexe und diffizile Angelegenheit darstellen, dass sie mit der komplexen Verteilung von Macht zu tun haben, dass sie von (administrativer) Ebene zu Ebene, von Land zu Land, ja von Kommune zu Kommune anders gestaltet und ausgestattet sind.

Nicht zuletzt sind die Grundmuster westlicher Governance lange Zeit recht stabil geblieben, werden als „normal“ angesehen. Und wenn dann noch berücksichtigt wird, dass sich westliche Staaten und VertreterInnen der (politischen) Elite oftmals als die Spitze zivilisatorischer Entwicklung wännen (siehe dazu Jean Ziegler: „Der Haß auf den Westen“), dann deutet sich auch an, dass es hierüber Denkgewohnheiten und Tabus gibt – selbst nach Ende des Kalten Krieges und dem vermeintlichen „Ende der Geschichte“ (Francis Fukuyama) werden die derzeitigen politischen Strukturen, Steuerungsmodi und Politikmuster westlicher Regierungssysteme als Maßstab und Modell betrachtet und gegen allzu innovative, radikale Ideen und Vorschläge immunisiert (siehe exemplarisch die Debatte um das Buch „Geschichte der Demokratie“ von Luciano Canfora). Diese meist impliziten Tabus, die ja erfahrungsgemäß besser wirken als explizite, beeinflussen vermutlich auch die Literaturproduktion im Sinne einer „Schere im Kopf“ oder zumindest hemmen sie soziale und politische Phantasie.

In diesem Kontext spielt sicherlich eine „verhindernde“ oder hemmende Rolle, dass viele der sozial fortschrittlich gemeinten Versuche des Aufbaus besserer Gesellschaften wenn nicht gescheitert sind („Realsozialismus“ – zuvörderst die Sowjetunion), so doch als unzureichend und (hinsichtlich der in sie gesetzten Hoffnungen) als enttäuschend bewertet werden – mit der unausgesprochenen

Quintessenz und „Stammtischweisheit“, dass Menschen nun einmal nicht in der Lage seien, hier auf der Erde Paradiese zu schaffen. Dabei muss der Vollständigkeit halber daran erinnert werden, dass bisher sämtliche Versuche, Alternativen zum vorherrschenden kapitalistischen Modell aufzubauen, von eben dessen Kernmächten (insb. den USA) unterminiert und mit allen möglichen Mitteln bekämpft worden sind und werden (Stichworte hierzu: Osteuropa, Iran, Vietnam, Kuba, Guatemala, Chile, Nicaragua, El Salvador, Venezuela etc. pp.).

Hinzu kommt für die unzureichende Beschreibung von künftiger Governance vermutlich auch der anthropo-logische Aspekt, dass das (soziale, politische) Vorstellungsvermögen von Menschen beschränkt ist, dass künftige politische Strukturen und Kulturen nur unzureichend „ausgemalt“ werden können („Vorstellungskraft ist wichtiger als Wissen“, wie Albert Einstein einmal meinte – doch daran herrscht Mangel bzw. muss es entwickelt werden).

Überblicksdarstellungen über Zukunftsliteratur unterstreichen, dass Zukunftsforschung und speziell die „sozialistische Ideenproduktion“ die bürgerliche Gesellschaft seit ihrem Entstehen gewissermaßen als deren „bestimmte Negation“, als ihren Antipoden begleiten. Schwendter hat dies in seinen Büchern wiederholt zutage gefördert (Schwendter 1982). Ähnliches wurde in dem Buch „Rote Blaupausen“ geleistet – auch darin wird die Aktualität sozialistischer Utopien nachgezeichnet und zur Diskussion über aktuelle Herausforderungen und Alternativen angeregt (Both 2008).

In der Zukunftsliteratur insgesamt, nicht nur der sozialistischen, werden künftige Zustände durchaus genau und anschaulich beschrieben. Dabei geht es vornehmlich um „lebensweltliche“ Aspekte, was vor allem im Bereich der Science Fiction plausibel ist. Es werden Lebensumstände, kulturelle und vor allem technische Änderungen und künftige Zustände beschrieben, und gerade bei den hier ausgewählten „positiven“ Zukunftsbeschreibungen werden humanistische, ökologische, feministische, etc. Zustände geschildert und damit in den Bereich des bildhaft mehr oder weniger Vorstellbaren, zumindest aber in Begriffe Fassbaren gebracht. Sowohl in den wissenschaftlich fundierten Zukunftsstudien als auch in den exemplarischen Science Fiction Romanen werden grundlegende Themen und Gesellschaftssphären als Zielzustände, geradezu „paradiesische“ Zustände, beschrieben: gerechte Verteilung des Reichtums und der Chancen, Rechte der Frau, Bildung für Alle, Verhältnis von Individuum und Gesellschaft, der neue Mensch, Religion und

Spiritualismus, Abschaffung von Krieg und Verbrechen, Minimierung von Gewalt und Verbrechen, wertebezogene Wirtschaftspolitik.

Zugleich mangelt es jedoch oft an der hinreichend konkreten Beschreibung darüber, „wie“ diese positiven und paradiesischen Zustände erreicht werden konnten und wie sie weiter reproduziert und verbessert werden können. Trotz dieser eklatanten „Governance-Lücke“ können aus den meist vagen Skizzen und knappen Anmerkungen hinsichtlich polity und politics Hinweise auf Dimensionen bzw. Prinzipien für eine positive, erfolgreiche, zukunftsfähige Governance aus der Zukunftsliteratur herausgefiltert werden. Diese tauchen in den Texten und Romanen oftmals beiläufig auf, als Randbedingungen, als Hintergrundbeschreibung, als atmosphärische Schilderung.

Ohne jeglichen Anspruch auf Vollständigkeit können aus den im Zuge des Forschungsaufenthaltes untersuchten Werke der „positiven“ Zukunftsliteratur folgende Merkmale und Grundsätze einer zukünftigen Governance herausdestilliert und benannt werden:

- Prägnant ist eine tiefgehende Kohärenz zwischen Regierenden und Regierten, eine weitgehende Übereinstimmung bis hin zu einer starken Harmonie in den künftigen Gesellschaften. In diesem Zusammenhang werden teilweise diffuse Möglichkeiten von Partizipation-on und Beteiligung erwähnt. (Allerdings wird dies hinsichtlich Angemessenheit und z.B. Überforderung der Menschen nicht weiter thematisiert)
- In vielen der Zukunftstexte herrscht eine weitgehende Dezentralisierung vor, kleine Lebenseinheiten werden mehr oder weniger einfühlend beschrieben. Dies ist vor allem in Callenbachs Ökotoxia der Fall. Erwähnt wird dann auch, dass dies eine Gegenbewegung zu den allgegenwärtigen Zentralisierungstrends darstellt.
- Mit dieser Dezentralisierung verbunden ist eine deutliche Hierarchielosigkeit oder zumindest Hierarchiearmut. Auf die Charakteristik der schwachen Hierarchien – wie bei LeGuin oder Callenbach – hat insbesondere auch Rolf Schwendter in seiner Sekundärliteratur hingewiesen.
- Hier schließt eine starke Verbreitung von Pluralismus und Toleranz an, die in zukünftigen Gesellschaften und Kulturen zu den ethischen Prinzipien zu gehören scheinen. Sehr nachvollziehbar beschrieben ist dieser Aspekt in Flecks Tahiti-Projekt, wo eine nach Rückgriff auf bewährte Traditionen selbstbewusst

gewordene Kultur innerhalb und außerhalb ihres Territoriums tolerant und verständnisvoll auftritt.

- Die bisher genannten Merkmale setzen reife und weit entwickelte Individuen voraus, wie es sehr deutlich bei LeGuin zur Sprache kommt („Menschenbild“). Die zukünftigen Menschen sind entwickelte, selbstbewusste, selbstreflektierte, selbstkritische Persönlichkeiten, die sich ihrer Fähigkeiten, Gefühle, aber auch Grenzen wohl bewusst sind und diese beachten. Zugleich wird ein hohes Maß an Flexibilität und Anpassungsfähigkeit verlangt – nicht zuletzt in Sachen Katastrophen- und Risikomanagement.
- Ein weiteres Merkmal künftiger gesellschaftlicher Steuerungsfähigkeiten und Governance, das in der Zukunftsliteratur angedeutet wird ist „Ganzheitlichkeit“: alle Aspekte der Individuen und der Persönlichkeiten als auch sämtliche Bereiche gesellschaftlicher Phänomene, Beziehungen und Entwicklungen werden berücksichtigt, teilweise auch seelische und esoterische Dimensionen. Entscheidungen werden umfassend und integrativ getroffen – deliberativ. Sie basieren auf früheren Erfahrungen und es wird versucht, gemachte Fehler nicht zu wiederholen (daher werden in Science Fiction Romanen die alten Verhältnisse mit ihren unterentwickelten und fehlerhaften Zuständen als Kontrast geschildert).
- Positives Verhältnis zur Naturumwelt und Mitwelt. Diese künftigen Menschen leben in einer „Balance“ mit ihrer inneren, sozialen und ökologischen Umwelt: Wertschätzung allen Lebens, Nächsten- und Fernstenliebe, Sorgfalt und Vorsorge, Rücksichtnahme, Folgendenken und Solidarität gehören zu den Verhaltensprämissen (wie von Hans Jonas in seinem Werk „Prinzip Verantwortung“ ausgeführt).
- In technologischer Hinsicht werden für eine Weiterentwicklung von zukunftsfähiger und zukünftiger Governance kaum hilfreiche Hinweise geboten. Doch in einigen wenigen Werken der Zukunftsliteratur wird eine weitgehende Nutzung von e-Democracy angesprochen bzw. „vorausgesehen“ (z.B. Glenn et al. 2010). Demnach dienen neue Informations- und Kommunikationstechnologien der besser fundierten und aufbereiteten Vorbereitung und Unterstützung von Diskursen und Abstimmungen (z.B. Simulationen, Visualisierungen).

Viele dieser Merkmale und Charakteristika bringen meines Erachtens alte „Sehnsüchte“ und Wunschbilder zum Ausdruck, wie sie z.B. in religiösen Schriften, in

Sagen und Märchen als Weisheitspostulate, ethische Prinzipien und moralische Richtwerte immer wieder in unterschiedlichen Formen und Mustern formuliert worden sind und weiter formuliert werden. Das könnte bedeuten, dass die früher aus anderen als wissenschaftlichen Ressourcen und Sphären geschöpften Weisheiten im heutigen Zeitalter immer stärker und in rationaler Weise aus wissenschaftlichen Quellen und Forschungszusammenhängen abgeleitet und mehr oder weniger systematisch und empirisch „begründet“ werden.

Ein sehr lesenswertes Beispiel für eine solche „Archäologie“ ist speziell in Bezug auf Nachhaltige Entwicklung das Buch „Die Entdeckung der Nachhaltigkeit“ von Ulrich Grober, in welchem er aufgrund von damaligen Praktiken und Texten aus verschiedenen Jahrhunderten und verschiedenen Kulturkreisen beschreibt wie dort (bereits!) Prinzipien der Nachhaltigkeit enthalten waren, beachtet und verfolgt, und vor allem durch den Prozess der industriell-kapitalistischen Entwicklung marginalisiert worden sind. Ähnliche unausgeschöpfte Potenziale ließen sich z.B. wohl auch sehr nachvollziehbar für das künftige Menschenbild untersuchen: hier lässt sich an Urmythen, an religiösen Basistexten, aber auch an modernen Konzepten wie bspw. denen von Karl Marx, Teilhard de Chardin, Mahatma Ghandi, Erich Fromm, Che Guevara, Vananda Shiva anknüpfen.

Auffallend ist außerdem, dass die genannten Merkmale künftiger Gesellschaften sehr starke Parallelen zu den seit über 20 Jahren diskutierten Prinzipien der Nachhaltigen Entwicklung aufweisen, welches als Leitbild für das 21. Jahrhundert gilt. Demnach erscheinen diese der früheren und zeitgenössischen Zukunftsliteratur entstammenden vagen Governance-Prinzipien am deutlichsten zukunftsfähig und zukunftsorientiert zu sein – gemessen an heutigen wissenschaftlichen Diskursen und Konzepten. Umso mehr müsste es nun darum gehen, dezidiert eine oder mehrere Modelle von „zukunftsfähiger Regierungsführung“ und „Sustainable Governance“ zu „erfinden“ und zu konzipieren, also entsprechende Optionen zu suchen und neue Governance „auszuprobieren“. Denn schließlich beweisen die bisherigen weltweit gemachten Erfahrungen, dass die „althergebrachten“ Governancestrukturen trotz mancher Teilschritte nur völlig unzureichende Fortschritte in Richtung zukunftsfähiger (Sustainable) Entwicklung zu bringen vermochten. Dem entsprechend wäre mehr als zuvor soziale und politische Phantasie gefragt!

5 – Schlussfolgerungen und Perspektiven

"Some dream to escape reality,
others dream to change reality forever"
(Gunter Pauli)

In Anbetracht solcher – wenngleich vorläufiger, provisorischer – Erklärungsversuche für den Weißen Flecken Governance in der Zukunftsliteratur kommen meines Erachtens vor allem Zukunftsforscher in Zukunft nicht umhin, das Feld der Governance systematisch und tiefgehend zu untersuchen und kritisch zu reflektieren. Denn für alle noch so konkreten Vorschläge, technischen Optionen und Reformideen benötigt es zu deren (baldiger) Realisierung spezifischer „Subjekte“ und Akteure im weiten Sinne des Wortes. Genauer: die zielorientierte Organisation der vielfältigen Subjekte ist relevant, und somit auch die Strukturen und Gestaltungsprozesse, in denen diese positioniert und miteinander – positiv oder negativ – verbunden sind und interagieren. Dies beginnt bei den spezifischen Betroffenheiten und Wahrnehmungen, den Artikulations- und Kommunikationsprozessen, der (politisch-administrativen) horizontalen und vertikalen Arbeitsteilung, der Aggregation von Informationen, Einschätzungen, Mehrheitswillen und dem Zustandebringen und Durchsetzen von angemessenen Entscheidungen, die inhaltliche und verfahrensmäßige Kontrolle, etc.pp. Governance wäre demnach als notwendige thematische Bereicherung von Zukunftsforschung und –gestaltung zu betrachten, auszubauen und zu kultivieren.

Sehr vereinzelte Hinweise auf die Relevanz von Governance sind in der Zukunftsliteratur, wie oben vermerkt, gleichwohl aufzufinden. Politisches Entscheiden und Handeln im weiteren Sinne sind z.B. auch thematisiert bei den US-amerikanischen, sehr kybernetisch arbeitenden klassischen Zukunftsforschern Kahn/ Wiener. In dem Unterkapitel „Die Ziele der zukunftsorientierten Erforschung politischen Handelns“ ihres Buches „Ihr werdet es erleben“ von 1968 benennen und beschreiben sie aus gewissermaßen technokratisch-elitärer Perspektive neun Ziele für eine verbesserte wissenschaftliche Untersuchung politischer Handlungen insbesondere zur Vermeidung unerwünschter Folgen von Entscheidungen. Darunter sind die folgenden Punkte aufgeführt:
„1. Anreiz und Erweiterung der Vorstellungskraft und Verbesserung des Überblicks; (...)

3. Planung und Untersuchung alternativer politischer Zusammenhänge; (...)
6. Verbesserung der Fähigkeit, neue Verhaltensmuster und Krisen zu identifizieren und ihr Wesen und ihre Bedeutung zu verstehen; (...)
8. Klärung gegenwärtiger tatsächlicher Entscheidungssituationen mit besonderer Berücksichtigung jener Entscheidungen, die die Wirksamkeit und die Flexibilität beim Auftreten möglicher Zufälle garantieren;
9. Verbesserung der ‚Verwaltungsfähigkeiten‘ der maßgebenden Persönlichkeiten und ihres Stabes, um eine adäquate Reaktion auf neue und ungewöhnliche Situationen möglich zu machen.“ (Kahn / Wiener 1968: 578f.)

Am Ende dieses sehr verbreiteten Buches kommen die ansonsten sehr technikfreundlich und technokratisch orientierten Autoren Kahn / Wiener zu einem gesellschaftlich und politisch äußerst selbstkritischen und bedenkenswerten Fazit: „In den letzten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts werden wir die technologische und wirtschaftliche Macht haben, die Welt radikal zu ändern, doch ist es fraglich, ob wir imstande sein werden Maß zu halten, ob wir die Folgen der von uns hervorgebrachten Veränderungen ermessen und kontrollieren können.“ (Kahn / Wiener 1968: 599) Und weiter: „Selbstverständlich wird sich der Versuch lohnen, unser Verständnis für die künftigen Möglichkeiten und die langfristigen Folgen alternativer politischer Grundsätze zu verbessern. Aber das Problem ist letztlich doch zu schwierig, und die Bemühungen können nie zu endgültigen Erfolgen führen. Fast der einzige verbleibende Schutz besteht in einer allgemeinen Mäßigung des faustischen Strebens, die natürliche Umgebung mit Gewalt zu ändern. Wir müssen bemüht sein, die Macht in die Hände von Menschen zu legen, die sich der katastrophalen Möglichkeiten bewusst sind und die die Macht nicht noch weiter zentralisieren. Wir müssen andere Meinungen, abweichende Ideen, die ganze Vielfältigkeit der Welt, wie wir sie vorfinden, respektieren, auch wenn wir noch so sehr von der technisch-rationalen Struktur der bürgerlichen, sensualistischen Gesellschaft beeindruckt sind. Wir müssen vor allem bestrebt sein, jene Institutionen zu fördern, die die Freiheit der menschlichen Entscheidung schützen. Wir tun dies nicht nur für die heutigen Menschen und die pluralistischen sozialen Gruppen, die alle ihre Ansichten darlegen wollen, sondern wir tun dies insbesondere für die kommenden Generationen, die ihre Probleme ganz anders sehen könnten als wir und die nicht wünschen werden, dass wir – unnötiger- und unkluger Weise – be-

reits heute ihre Wahlfreiheit einschränken und ihre natürliche und soziale Umwelt unwiederbringlich verändern.“ (Kahn / Wiener 1968: 599f.)

In diesen Aussagen sind bereits Kerngedanken des erst später aufkommenden Konzept der Nachhaltigen Entwicklung enthalten: Wahlfreiheiten und Handlungsmöglichkeiten für künftige Generationen zu sichern.

Der beispielsweise zurzeit in Deutschland sich abzeichnende Schub für einen beschleunigten Umbau des gesamten Energieversorgungssystems lässt in Ansätzen erahnen vor welcher Herkulesaufgabe unsere modernen Gesellschaften und deren Selbststeuerungsfähigkeiten stehen. Der zukunftsorientierte energiepolitische Vorkämpfer Hermann Scheer thematisierte diese Herausforderungen immer wieder: „Der suggerierte Konsens über erneuerbare Energien lenkt jedoch davon ab, dass die eigentlichen Konflikte erst begonnen haben, allerdings in veränderter Gemengelage. Er verführt dazu, die mit dem Energiewechsel zwangsläufig verbundenen Konflikte zu unterschätzen. Wo der Wechsel zu erneuerbaren Energien praktisch eingeleitet ist, geht es jedoch erst ans ‚Eingemachte‘: Die praktische Ablösung atomarer und fossiler Energien betrifft unmittelbar die Struktur des etablierten Energiesystems, die eng mit den herrschenden Produktions- und Konsumbedingungen, Wirtschaftsordnungen und politischen Institutionen verwoben ist.“ (Scheer 2011: 47)

Indem von Scheer der vorherrschende Typus des westlichen Industrialisierungsprozesses der Kritik unterzogen wird, läuft seine Argumentation auch darauf hinaus, dass ein Umbau eben jener Industriegesellschaft das Ausmaß bekommen dürfte wie auch sein Entstehen von 200 Jahren: „Der Wechsel zu 100 Prozent erneuerbaren Energien bedeutet den umfassendsten wirtschaftlichen Strukturwandel seit dem Beginn des Industriezeitalters.“ (Scheer 2011: 52) Und dies wiederum setzt voraus und erfordert, dass Änderungen auf allen gesellschaftlichen Ebenen durchgeführt werden, von allen Akteuren und Institutionen:

„Dabei steht jeder einzelne Akteur vor der Frage, welches Grundverständnis von Realismus seinem eigenen Handeln zugrunde liegt: Zu viele verstehen darunter, nur das zu verfolgen, was im bestehenden Rahmen und in den gegebenen Kräfteverhältnissen realisierbar scheint. Wenn sich aus der Analyse eines Ist-Zustands aber nur beschränkte Handlungsmöglichkeiten ergeben, die auf die reale Herausforderung keine angemessene Antwort erlauben, ist ein anderes Verständnis von

Realismus gefordert, das auf die Veränderung des Parallelogramms der Kräfte zielt, um den Handlungsrahmen zu erweitern.

Angesichts der sich zuspitzenden Gefahren aus der überkommenen Energieversorgung geht es heute nicht mehr nur um eine Politik als ‚Kunst des Möglichen‘, sondern um eine möglich machende Politik der ‚Kunst des Notwendigen‘. Das ist der reale Realismus, der für den Energiewechsel notwendig ist.“ (Scheer 2011: 53) „Ziel und Ausgangspunkt dieses neuen ‚realen Realismus‘ sind nicht die erneuerbaren Energien als solche, sondern es ist stets der Blick auf die Gesellschaft – aus der Erkenntnis heraus, welche elementare Bedeutung der Energiewechsel für deren Zukunftsfähigkeit hat. Der Wechsel zu erneuerbaren Energien hat eine zivilisationsgeschichtliche Bedeutung. Deshalb müssen wir wissen, wie wir ihn beschleunigen können. Knapp sind nicht die erneuerbaren Energien, knapp ist die Zeit.“ (Scheer 2011: 54)

Der Energiebereich soll hier nur als Beispiel dafür dienen, was an historischen Herausforderungen für Gesellschaft und Politik an Wandel erforderlich ist, um zukunftsfähig zu werden. In diesem Zusammenhang wird seit etwa zwei Jahrzehnten auch von Transformation bzw. sogar von „Großer Transformation“ gesprochen. Im Zusammenhang mit dem Klimawandel hat diese Perspektive eines Umbruchs zusätzliche Impulse erhalten, wie jüngste Studien wie die vom deutschen Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) zeigen:

„Der WBGU zeigt im Gutachten explizit, dass die technologischen Potenziale zur umfassenden Dekarbonisierung vorhanden sind, skizziert Geschäfts- und Finanzierungsmodelle für den Wandel und verdeutlicht, dass politische Instrumente für eine klimaverträgliche Transformation wohlbekannt sind. Der Beirat erläutert auch, dass die erforderliche Transformation tiefgreifende Änderungen von Infrastrukturen, Produktionsprozessen, Regulierungssystemen und Lebensstilen sowie ein neues Zusammenspiel von Politik, Gesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft umfasst. Es gilt, vielfältige Pfadabhängigkeiten und Blockaden zu überwinden. (...) Diese „Große Transformation“ ist also keineswegs ein Automatismus. Sie ist auf die „Gestaltung des Unplanbaren“ angewiesen, wenn sie in dem engen Zeitfenster gelingen soll, das zur Verfügung steht.“ (WBGU 2011, S. 1)

In diesem jüngsten WBGU-Bericht werden „Konkrete Handlungsoptionen: Zehn transformative Maßnahmenbündel“ vorgeschlagen, darunter als erstes auch die Frage der Governance:

„Bündel 1: Den gestaltenden Staat mit erweiterten Partizipationsmöglichkeiten ausbauen

Zentrales Element in einem Gesellschaftsvertrag für die Transformation ist der gestaltende Staat mit erweiterter Partizipation im Mehrebenensystem globaler Kooperation. Er vermittelt zwei Aspekte, die häufig getrennt oder konträr gedacht werden: einerseits die Stärkung des Staates, der aktiv Prioritäten setzt und diese (etwa mit Bonus-Malus-Lösungen) deutlich macht, und andererseits verbesserte Mitsprache-, Mitbestimmungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger.“ (WBGU 2011, S. 10f.)

Die Herausforderung und große Chance für die Zukunftsforschung besteht gerade angesichts der epochalen Veränderungen darin, sich mit dem gesellschaftlich-politischen Herausforderungen zu befassen und ihre Erfahrungen und Erkenntnisse einzubringen:

„Die Anpassung der auf exzessiven Verbrauch preis-günstiger und im Überfluss vorhandener fossiler Energierohstoffe beruhenden fordistischen bzw. post-fordistischen Gesellschaft an die natürlichen Rahmenbedingungen des Globus verlangt den Aufbau leistungsfähiger Koordinations-, Kontroll- und Steuerungsmechanismen, also die Institutionalisierung des Umweltstaates.

Die Aufgabe der Zukunftsforschung könnte demnach darin bestehen, die Entwicklung des Umweltstaates konstruktiv zu begleiten, worunter zu verstehen ist, dass dessen erkennbare Strukturelemente unter Verwendung des gebündelten Zukunftswissens zu stabilen, jeweils lokal angepassten Regulierungs- und Steuerungssystemen, verstanden als komplexe Governancessstrukturen, zusammengesetzt und auf ihre Leistungsfähigkeit hin geprüft werden.“ (G. Simonis 2009: 615)

»Sustainable Governance« als drängende Herausforderung und Aufgabe für Zukunftsforschung

Im zeitlichen Umfeld des Weltkrieges formulierte Walter Benjamin die Einschätzung: „Der Begriff des Fortschritts ist in der Idee der Katastrophe zu fundieren. Daß es 'so weiter' geht, ist die Katastrophe. Sie ist nicht das jeweils Bevorstehende sondern das jeweils Gegebene.“ Mehr als ein halbes Jahrhundert später scheint

dies noch besser zuzutreffen, haben wir doch eine über den Globus und beschleunigt sich ausbreitende Lebens-, Produktions- und Konsumweise vorherrschen mit immensen Negativfolgen. Aufgrund des Ausmaßes an menschengemachten Beeinträchtigungen des Lebenssystems Erde sprechen Geologen inzwischen vom Ende der bisherigen Warmzeit ("Holozän") und dem Beginn einer neuen Epoche der Erdgeschichte ("Anthropozän"): die Eingriffe des Menschen in die filigranen ökologischen Konstellationen und komplexen Prozesse des Planeten haben bedrohliche Ausmaße angenommen.

Die Herausforderung ist gigantisch: In seinem aktuellen Buch „Wer regiert die Welt?“ schreibt Ian Morris als Fazit: „Das 21. Jahrhundert kann eigentlich nur zu einem Wettlauf werden. (...) Entweder werden wir bald (vielleicht schon vor 2050) eine Transformation in Gang setzen, die die industrielle Revolution weit in den Schatten stellen und die meisten unserer aktuellen Probleme in Wohlgefallen auflösen wird, oder wir stolpern in einen Zusammenbruch, wie es bislang keinen gab. (...) Das aber heißt, dass die nächsten 40 Jahre die bedeutsamsten der Weltgeschichte sein werden.“ (Morris 2011: 582f.)

Dringend erforderlich ist eine proaktive Gestaltung in Richtung Nachhaltige Entwicklung, sind Weichenstellungen und Verhaltensänderungen unter Berücksichtigung vielfältiger Restriktionen – ökologischer, finanzieller, zeitlicher als auch sozio- und politisch-kultureller.

Albert Einstein sagte einmal: „Wir können die Probleme nicht mit den Denkmustern lösen, die zu ihnen geführt haben.“ Es wäre also unlogisch und ist zutiefst unwahrscheinlich, dass die ganzen politisch-administrativen Arrangements und die Governance-Strukturen, die in der Vergangenheit unter völlig anderen Umständen und für andere Prioritäten geschaffen wurden, nun auch die derzeitigen und absehbaren existenziellen Bedrohungen zu vermeiden oder zu lindern helfen würden.

Die Orientierung und Einstellung der Politik auf Nachhaltigkeitspolitik und die dadurch erforderliche Stärkung von Kompetenzen und Kapazitäten für langfristige und ressortübergreifende Politikformulierung wurde seit den 1990er Jahren vorangetrieben und hat an-satzweise zu neuen Formen von Governance, ja zu Ansätzen einer »Sustainable Governance« geführt. Dies wurde in diversen Studien aufgezeigt, zugleich aber darauf verwiesen, dass in vielen Staaten Nachhaltigkeitspolitik im Wesentlichen von der jeweiligen Exekutive getragen wurde und

wird. Neue administrative Strukturen und Institutionen sind daher insbesondere auf der Ebene von Regierungen und Ministerien entstanden (insb. Göll/Thio 2004, TAB-Arbeitsbericht Nr. 86).

Aktuelle Entwicklungen in mehreren Staaten deuten darauf hin, dass das Leitbild Sustainable Development und seine Prinzipien bereits langsam zu einem Wandel der Governance beitragen. Und so kann vor allem ein zukunftsorientiertes Leitbild wie das der „Nachhaltigkeit als Promotor neuer Governanceprozesse und –strukturen“ angesehen werden (z.B. Göll / Thio 2008). Grenzen und Defizite traditioneller Politikmuster werden offener, denn sie sind gekennzeichnet durch Sektoralismus, Kurzfristigkeit, Distanz zu den Objekten der eigenen Politik (kaum Bürgerorientierung), Vermeidung von Verantwortlichkeit, lokale bzw. nationale Beschränktheiten. Die oben bereits skizzierten Folgen davon: ökonomische, soziale und ökologische Probleme und Krisen, Legitimationsverfall, Politikverdrossenheit, Gefährdung öffentlicher Güter, Verfall/Wandel sozialer Integration/Kohärenz. Und daher stellt Nachhaltigkeit eine besondere Herausforderung und Chance dar, die immer häufiger genutzt wird.

Im Kontext der vielfältigen Diskussionen zu Nachhaltiger Entwicklung und deren Umsetzung und Perspektiven tauchen gelegentlich Impulse und Ausarbeitungen zum Bereich Governance auf. Im Folgenden sollen einige ausgewählte Beispiele daraus genannt werden um aufzuzeigen, welche Vielfalt sich bereits ergeben hat (siehe dazu als Überblick Kanatschnik/ Schmutz 2006, Gehrs 2006, Niessen 2007). Die folgenden Ideen und Anregungen sind vor dem Hintergrund einer längerfristig orientierten Gestaltung von Nachhaltigkeitspolitik und Nachhaltigkeitsinstitutionen zu verstehen. Sie mögen zuvörderst dazu dienen, „über den Tag hinaus“ zu denken und sich auch utopisch anmutenden Perspektiven und Optionen zuzuwenden – um dann im Rückschluss auf die jeweiligen lokalen Gegebenheiten und den „Möglichkeitsraum“ zu prüfen, ob und inwiefern die ein oder andere Idee gegebenenfalls in veränderter und angepasster Form vor Ort genutzt werden könnte.

Von Kanatschnik et al. z.B. wird ein Kulturwandel und mentaler Wandel in unseren Gesellschaften als notwendig und wichtig beschrieben, denn nicht nur politisch-institutionelle Faktoren seien für gezielten Wandel bedeutsam, sondern auch psychologische und kulturelle Aspekte und Qualitäten. Dabei geht es vor allem um die Einstellung und das Bewusstsein der zentralen Handlungs- und Entscheidungs-

träger: die wesentlichen Akteure müssen stärker als bisher von Zielvorstellungen und Werten der Nachhaltigkeit geleitet werden.

Ideen für neue politische Institutionen und Steuerung im Kontext nachhaltiger Entwicklung

- Dritte Kammer: der Politikwissenschaftler Mohssen Massarat schlägt für Deutschland die Einrichtung einer Dritten Kammer neben dem Bundesrat und dem Bundestag vor, in der Mitglieder von NGOs bzw. Neuen Sozialen Bewegungen tätig sein sollen, wo-durch sich die zivilgesellschaftlichen Handlungsspielräume erweitern würden. Die Mitglieder werden durch das Bundesparlament gewählt und in zwei inhaltlich bezogene Räte (Krieg und Frieden; Umwelt und Entwicklung) eingesetzt und mit Initiativ-, Mitwirkungs- und Einspruchsrechten ausgestattet.
- Erweiterter Bundestag (Einrichtung als zusätzliche Institution neben Bundestag und Bundesrat)
- Hierarchisch gegliederter Parlamentarismus: Neuordnung der Legislative durch die Einrichtung von vier Parlamenten für vier Systemebenen (nach Johannes Heinrichs)
- Jugendparlament
- Besonders qualifizierte Zukunftsräte (Ansatz von Dieter S. Lutz)

In einer kürzlich erschienenen, empirisch fundierten Studie werden die bisherigen Erfahrungen mit der Stärkung von Nachhaltigkeit in den traditionellen Governancestrukturen dargestellt und kritisch diskutiert; dabei wird auch hervorgehoben, dass der Innovationsbedarf in Sachen nachhaltiger Governance noch beträchtlich ist (Steurer/Trattning 2010).

Ein weiteres der eher seltenen Beispiele, dass Zukunftsliteratur Regierung- und Governancethemen zur Sprache bringt – wenngleich hier mit Bezug auf die globale Ebene und abstrakt – ist ein Text in einem von Richard Slaughter zusammengestellten Zukunftsforschungskompodium mit dem Titel „The message from future generations“ (Tough 2005). In einem kurzen Abschnitt wird dort Governance angesprochen:

“Your present political systems cannot cope with global problems. You need to build an effective foundation for public priority-setting and decision-making at the local, regional, and global levels. In particular, you should develop:

- forms of governance that emphasise the long-term global perspective and the needs of all generations;
- governance procedures that are better able to deal with the serious problems currently facing humankind;
- a knowledge base for the creation of a better future;
- opportunities for everyone to learn about the issues and to participate in various aspects of governance;
- problem-solving processes that accept the best ideas and individuals regardless of gender, race, socioeconomic status or cultural background;
- societies free from corruption;
- a widespread spirit of cooperation, dialogue, and social responsibility among both leaders and citizens; and
- effective civic and social institutions that balance their budgets instead of leaving us with burdensome debts.”

Bedenken und Zurückhaltung

Trotz vereinzelter positiven konzeptionellen und praktischen Tendenzen ist aufgrund der Erfordernis, dass große Teile der Bevölkerungen sich an einer zukunftsfähigen Governance beteiligen bzw. ihre nichtnachhaltigen Verhaltensweisen ändern sollen und müssten, Skepsis angebracht darüber, ob dies in kurzer Zeit erreichbar sein kann. Historische Erfahrungen und sozialwissenschaftliche Forschungsergebnisse belegen, dass Gewohnheiten und Bequemlichkeiten nur schwer und nur unter bestimmten Bedingungen zu verändern sind – mittelfristig, oder aber kurzfristig aufgrund von Krisen. Hierüber gibt es zum Teil Illusionen auf Seiten von manchen Intellektuellen.

So monierte Enzensberger die zeitlich parallelen Kritiken von links und rechts am Vereinigungsprozess in Deutschland: sowohl die „Rauschfraktion“ als auch die „Panikfraktion“ seien von der breiten Bevölkerung eher ignoriert worden: „Die hinterbliebenen Eliten sehen diesem spontanen Treiben mit begreiflichem Missmut zu; denn was dabei zum Vorschein kommt, ist nicht die erhoffte Radikalität oder die ersehnte Tiefe, sondern die Gewöhnlichkeit. Es ist den Deutschen nicht um den geistigen Raum der Nation und nicht um die Idee des Sozialismus zu tun, es geht ihnen überhaupt nicht um Glaubensfragen, sondern um Arbeit, Wohnung, Rente, Lohn, Umsatz, Steuern, Konsum, Schmutz, Luft, Müll. Ganz normale, das

heißt konträre Interessen, Hintergedanken, Ängste, Komplexe und Konflikte machen sich Luft.“ (Enzensberger 1990, S.9)

Die in manchen progressiven Kreisen verbreitete Vermutung und Erwartung, dass ein Großteil der Bevölkerung sich in ähnlicher Weise intensiv mit gesellschaftspolitischen Fragen befassen und sich intensiv dafür engagieren würde, ist demnach zu hinterfragen. Die jeden Tag voll einsatzfähigen und engagierten BürgerInnen sind wohl eher ein Wunschbild statt Realität. Das ist auch das Resultat einer in Fachkreisen heftig diskutierten Studie zweier US-PolitikwissenschaftlerInnen. Sie kommen zu dem Resultat: „Most people have strong feelings on few if any of the issues the government needs to address and would much prefer to spend their time in nonpolitical pursuits.“ (Hibbing/Theiss-Morse) Zu berücksichtigen ist bei der Interpretation dieser Forschungsergebnisse allerdings – zumal aus westeuropäischer und deutscher Sicht, dass die Interviews dafür während der Präsidentschaft von George W. Bush durchgeführt wurden, also in einer Ära tiefgehender und weit verbreiteter Politik-, Partei- und Politikerverdrossenheit in den USA. Diese Grundstimmung kann nicht ohne weiteres auf andere Länder und Kulturkreise übertragen werden. Gleichwohl sind die Ergebnisse bedenkenswert: “Far from longing for a greater role in politics, the typical citizen views it as a distasteful business best left to trustworthy elites, if only such elites existed. On the whole, the authors present a persuasive critique of populist and communitarian solutions to popular dissatisfaction with politics. (...) Hibbing and Theiss-Morse argue that, though citizens want certain things from politics – such as a healthy economy, low rates, and good schools – they have little interest in the policies and processes that lead to these ends.” (...) “The primary cause of lack of interest in political processes is that people do not like political decision making even in the best of circumstances.” (Coles 2003: 15)

Nun sollen diese Hinweise keinesfalls Hoffnungslosigkeit fördern, sondern im Gegenteil eine realistische Einschätzung der Möglichkeitsräume und Potenziale forcieren. Die Bereitschaft in den meisten Bevölkerungsbereichen und sozialen Milieus sich zu engagieren ist weit verbreitet und es hängt nachweislich zuvörderst von den konkreten Engagementmöglichkeiten im Alltag, den Partizipationsoptionen und den Beteiligungschancen ab, ob die Menschen tatsächlich handeln und deren Potenziale mobilisiert werden (siehe hierzu Göll / Thio 2011, Göll / Henseling 2007). Und in dieser Hinsicht ist noch viel zu tun.

Auf einen weiteren zentralen Aspekt künftiger Governance hat Robert Jungk hingewiesen. In einem Text mit dem Titel „Gesucht: ein neuer Mensch. Skizze zu einem Modell des Planers“ geht er auf die individuelle Ebene von Zukunftsgestaltung und damit auch Governance ein und meint, dass wichtiger als die Frage nach Alternativer Planung oder/vs. Freiheit die Frage nach der Art der Planung und deren Qualität sei, ja mehr noch die Frage: wer macht die Planung, also welche Subjekte und Individuen sind damit befasst. Seines Erachtens sind auch Planer wie andere Menschen auch meist „begrenzt“ entwickelt und qualifiziert, sie müssen also entsprechend ausgebildet, qualifiziert, erzogen werden und sollten „folgende Eigenschaften oder Fähigkeiten“ aufweisen: „Objektivität, Neugier, geistige Beweglichkeit, Teamgeist, Übersicht.“ (Jungk 1964, S. 508, 509; Diese werden im weiteren Originaltext genauer beschrieben)

Von den Personen, die in politischen und wirtschaftlichen Führungspositionen tätig sind ergeben sich ähnliche Erwartungen. Bei diesem Personenkreis spielt auch das verlassen üblicher Handlungspfade eine gewissen Rolle, also das Experimentieren und der Suchprozess nach besseren Lösungen – wie z.B. bei Nachhaltigkeit. Hier könnte von einigen Merkmalen des unternehmerischen Habitus gelernt werden. Dazu heißt es: „Doch lässt sich das Prinzip des Trial and Error auch in die Logik der Politik integrieren? Beispiele erfolgreicher Unternehmen verdeutlichen die Krux von Innovationsprozessen: Unkonventionelle Ideen lassen sich erfolgreicher umsetzen, wenn sie von den Entscheidungseliten getragen werden. So liegt die Innovationsfähigkeit von Apple vor allem darin begründet, dass mit Steve Jobs eine Führungspersönlichkeit an der Unternehmensspitze steht, die visionär genug ist, Innovationen voranzutreiben.“ (Volkman 2010)

Und um noch einen Schritt weiter zu gehen, sind letztlich alle Bürgerinnen und Bürger in der Verantwortung, sich für eine zukunftsfähigere Entwicklung und eine entsprechende Governance einzusetzen: „In einer komplexen und vernetzten Welt verlangen Effektivität und Effizienz nach einem Ausbau kooperativer Strukturen in der Politik genauso wie in der Wirtschaft. Es liegt in der Verantwortung einer aufgeklärten Bürgerschaft, Politiker zu wählen und zu unterstützen, die willens und bereit sind, ihre Effektivität zu stärken, indem sie einige Aufgabengebiete der nationalen Souveränität zu lokalen Gemeinde herunter und andere zur internationalen Gemeinschaft hoch transferieren.“ (Laszlo :160)

Globale Perspektive und Vielfalt

Wie bereits oben erwähnt sind die derzeitigen und die sich bereits abzeichnenden Herausforderungen für die westlichen Regierungs- und Gesellschaftssteuerungssysteme von historischem Ausmaß, deren Weiterentwicklung in Anbetracht der mannigfaltigen Herausforderungen unabdingbar und ein Gebot der Stunde. Unmittelbar berührt davon ist auch die Frage der Weiterentwicklung von Demokratie, wie es in einem aus Finnland stammenden Sammelband von Zukunftsforschern angesprochen wird:

“For the first time in history, the conditions we in the West face require that, as whole societies, we grow up into a full adult maturity. As societies it is no longer enough for some to achieve a deep maturity in a society that is overwhelmingly pre-adolescent in its dominant consciousness, thought and behaviour. Rather, the 21st Century requires that we develop an ever-deeper personal and societal maturity – to the point that we become self-critically self-aware. Only a self-critically, self-aware, post-egoistic and gratification deferring consciousness is able to even make sense of, let alone respond to, the culture-frame breaking conditions that are emerging in the 21st Century. Sadly, today, no society meets this standard; to our knowledge none yet aspires to it.

Given the inability of democracies as we now know them to cope with profound historic change, a new understanding of democracy is needed. (...)

Put simply, the human journey, both individual and societal, can be seen as moving from dependence with its core virtue of conformity, to independence with its core virtue of freedom, to interdependence with its core virtue of mutual respect informed by self-critical awareness.” (Nelson 2006, S. 167)

Im selben Kontext formuliert die französische Zukunftsforscherin Goux-Baudiment: “Utopia often emerges in periods of transition and reform: ‘When everything is locked up by systems that have failed but that can’t be defeated... utopia is our resource. It can be a way out but it is also the weapon of critic’ (Paul Ricoeur).” (Goux-Baudiment 2006, S. 84) und sie stellt auch in diesem Themenbereich die zu überwindenden Grenzen bisherigen Denkens und Ausmalens fest – wie dies oben für Governance konstatiert wurde: “Beyond concepts and practices, democracy is a word just bounded by our limited capability to think the future.” (Goux-Baudiment 2006, S. 85)

Zu diesen kognitiven Begrenzungen und Schwierigkeiten, sich Zukünfte vorstellen zu können gehört allem Anschein nach auch das nur schwer zu erreichende Denken in Komplexität, was aber ebenfalls künftig von uns Allen, insbesondere aber von den Entscheidungsträgern abgefordert werden wird, also auch das Denken in parallelen Möglichkeiten (“Kontingenzen”): “It is possible that the innovation sought in governance may not be so much a single new model but rather the ability to configure the full range of existing models and possibilities so that choices can be made dynamically between them without hubris. It is the search for the single model which is itself part of the problem. Rather it is the metaphor through which the model set is understood (like the gear box of a car) which is the challenge. The characteristics of each gear are known -- but how to shift between them (with a policy gearbox) is not. It is within this ecology of possibilities that the many actors currently manoeuvre. Articulating this ecology in new ways is a useful challenge.” (Union of International Associations, no year)

Dieses erforderliche Denken in komplexen Zusammenhängen wird – wie heute zunehmend bereits feststellbar – künftig noch weiter herausgefordert werden durch die zunehmenden Interdependenzen und Abhängigkeiten auf globaler Ebene. Hinzu kommen engere Wechselbeziehungen zu anderen Staaten und Kulturen. Auch hier sind unsere ganzen Gesellschaften, also alle Bürgerinnen und Bürger gefordert, und wiederum in besonderem Maße die Entscheidungsträger: „Doch selbst wenn Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft kongruente Entwicklungen sind, ist nicht von der Hand zu weisen, dass die etablierten Demokratien international Konkurrenz bekommen haben. In Asien, Lateinamerika und der muslimischen Welt entwickeln sich eigenständige politische, rechtliche und wirtschaftliche Auffassungen, die mit denen westlicher Prägung nicht übereinstimmen mögen, sich aber auch nicht zwangsläufig kategorisch ausschließen müssen. Die politischen Verwerfungen machen deutlich, dass Demokratien westlicher Prägung nicht alternativlos sind. Diese Kontingenzerfahrung ist nicht mit Kulturrelativismus gleichzusetzen.

Die Kernfrage lautet, ob die politischen Entscheidungseliten (der alten und neuen Welt) bereit sein werden, sich von tradierten Denkmustern zu lösen. Im Wesentlichen sind davon zwei lieb gewonnene Überzeugungen betroffen: erstens die Überzeugung, dass Politik die universelle Instanz zur Lösung gesellschaftlicher

Probleme ist, zweitens die Überzeugung, dass es für Probleme jeweils nur einen gangbaren Lösungsweg geben kann.“ (Volkmann 2010)

Und wie sich heute bereits abzeichnet – nicht zuletzt durch Migrationsbewegungen und die darauf reagierenden Strategien und Politiken z.B. in EU-Staaten, die starke repressive Tendenzen beinhalten, werden gerade im Zuge der sich weiter verstärkenden Globalisierung staatliche, also gesamtgesellschaftlich legitimierte Instanzen von besonderer Wichtigkeit sein, die Folgen von Globalisierung abzufedern und etwaige Negativeffekte zu minimieren – hier sind eklatante Konflikte abzusehen, auf die der Staat nicht nur repressiv reagieren darf.

„Trotz Entzauberung bleibt der Staat und seine Steuerungsleistungen unverzichtbar, auch im Zeitalter von Globalisierung, Europäisierung und Regionalisierung. Das demonstriert die Renaissance der Staatsaufgabendiskussion – die klassischen Funktionen von Sicherheit und Ordnung erfüllt er nach wie vor über Macht, die neuen Funktionen wie Technikförderung, Risikovorsorge oder Umweltschutz erfüllt er im Zusammenspiel von öffentlichen und privaten Akteuren über Medien wie Geld, Information und Subsidiarität. Vor uns liegt die Aufgabe, eine demokratische Informationsgesellschaft mit einem starken, pluralen Regelungsstaat zu bauen. Wem, wenn nicht dem Staat im Verein mit Wirtschaft und Zivilgesellschaft ist eine sozialverträgliche Gestaltung der Globalisierung, eine zukunftsfähige Weiterentwicklung der Europäisierung und ein gemeinwohlorientiertes Zusammenleben in dieser neuen Gesellschaft zuzutrauen?“ (Müller 2001: 834)

In Bezug auf die globale Ebene, auf „Global Governance“ gibt es seit etwa zwei Jahrzehnten eine reichhaltige Literatur, die sich allerdings fast ausschließlich auf die Gesellschaften des globalen Südens bezieht, von ihnen Veränderungen und z. T. radikale Reformen verlangt. Zudem gibt es in diesem Feld recht viele internationale Initiativen, die überwiegend von den westlichen Staaten ausgehen und entsprechende Profile aufweisen. Hier sind Aktivitäten hervorzuheben wie der „Global Marshall Plan“, wie er von einem inzwischen global agierenden Netzwerk propagiert wird (mit dem Ziel einer weltweiten „Ökosozialen Marktwirtschaft“, außerdem Al Gores „Marshall Plan für die Erde“, Michael Gorbatschows „Manifest für die Erde“, Hans Küngs „Weltethos“ und Kofi Annans „Brücken in die Zukunft – ein Manifest für den Dialog der Kulturen“). Hinzu kommen gezielte Maßnahmen wie die Kapitaltransfersteuer („Tobin-Tax“) oder eine Welthandelsabgabe (siehe

dazu u.a. Radermacher 2004). In diesem Kontext wird nun auch wieder die Idee eines UN-Parlaments verfolgt (Radermacher / Obermüller / Spiegel 2009). Doch fällt auch bei einigen dieser Initiativen auf, dass deren Umsetzung, die Frage der Subjekte/Akteure, die Frage der Schritte und letztlich der Governance vor allem auf nationaler Ebene selten problematisiert wird. Und obgleich in diesen Konzepten und Ansätzen eine weitgehende Berücksichtigung der südlichen Interessen und Perspektiven stattfindet, scheint dies angesichts der eklatanten globalen Machtasymmetrien als unzureichend. Daher müssen künftig die Interessen, Bedarfe und Aspirationen der südlichen Gesellschaften unmittelbarer und ebenbürtiger berücksichtigt werden als dies bisher der Fall ist. Einige strukturelle und weitgehende Veränderungen in südlichen Staaten lassen darauf schließen, dass dort Selbstbewusstsein wächst und die Bereitschaft, die üblichen paternalistischen, postkolonialen und teilweise neoimperialistischen Beziehungsmuster zwischen den nordatlantischen Führungsstaaten und den Gesellschaften des globalen Südens künftig anders zu gestalten – aufgrund des Drucks aus dem Süden. Wichtigste Beispiele hierfür sind lateinamerikanischen Staaten wie Venezuela, Bolivien, Ecuador usw. (z.B. ALBA), und selbst die jüngsten Rebellionen in Ägypten, Tunesien etc. dürften darauf hindeuten, dass sich maßgebliche Verhältnisse wandeln werden. Und hinzu kommen die immensen Probleme an der südlichen Peripherie des EU: Griechenland, Portugal, daneben auch Risiken in Spanien und Italien, ebenso Irland.

Dieser Wandel wird sehr tiefgehend sein, und kulturelle Kernschichten herausfordern – gerade auch dann, wenn authentische ExpertInnen, AktivistInnen und Intellektuelle aus dem Süden sprechen und gehört werden. So setzt sich Vananda Shiva dafür ein, „von Kulturen des Todes zu Kulturen des Lebens“ zu kommen (Shiva 2006, S.172) – mit Letzterem meint sie die Monokultur des (westlichen) Denkens. Dies kennt ihrer Einschätzung nach nur entweder - oder, ist ausschließend, abgehoben von Natur und allem Lebendigem, tritt universalistisch verdrängend auf. Hierfür zitiert sie beispielhaft das neoliberale US-Politiknetzwerk PNAC (dem Stichwortgeber für US-Präsident G. W. Bush jr.): „Eine amerikanische Führung ist gut für Amerika und gut für die Welt; und eine solche Führung braucht militärische Stärke, diplomatische Energie und bindende moralische Prinzipien.“ (Shiva 2006, S.176) Diesem bislang noch dominierenden Welt- und Naturbeherrschungsansatz stellt Shiva ihre andersgearteten Vorstellungen gegenüber:

„Die Lokalisierung baut auf die Interdependenz von Natur und Kultur, von Menschen und andern Spezies, von lokal und global, Mikro und Makro. Die Lokalisierung behandelt jeden einzelnen Ort als Zentrum der Welt und platziert jede Person und jedes Lebewesen im Zentrum eines immer weiter werdenden Kreises der Solidarität und Fürsorglichkeit. Der Neoliberalismus hingegen sieht Washington als Zentrum der Welt und erklärt alles, was nicht in diese Sichtweise passt, für entbehrlich. Wer die Washington-Brille aufsetzt, ist unfähig, die Vielfalt der Lebewesen wahrzunehmen, die Vielfalt der Kulturen und Ökonomien zu begreifen; er ist auch unfähig, die ökologischen und sozialen Kosten der erzwungenen Wirtschaftsglobalisierung zu sehen. Darum können die Förderer der Handelsliberalisierung die Schreie derer nicht hören, die die Kosten und Bürden dieser Wirtschaftsweise tragen oder die überflüssig sind. Die Globalisierung hat keinen selbstkorrigierenden Mechanismus. Die Lokalisierung hingegen reagiert ständig auf die ökologischen Rückmeldungen aus der Natur und die politischen und kulturellen Reaktionen der Menschen.“ (Shiva 2006, S.131f.)

Es dürfte nur eine Frage der Zeit sein, dass dieses Bewusstsein weltweiter Pluralität stärker wird. Das aber heißt für die Governance westlicher Gesellschaften ein „Mehr“ und „Besser“ hinsichtlich der Wahrnehmung und Wertschätzung anderer Kulturen, anderer politischer Kulturen, anderer Governancesysteme.

Forschungsbedarf

In einer berühmten Textstelle inmitten der vor über 200 Jahren geführten Verfassungsdebatte in den USA schrieb James Madison nach einer Erörterung der für die Erhaltung der Freiheit notwendigen Maßnahmen: "Es mag dem menschlichen Wesen zugrunde liegen, dass solche Instrumente nötig sind, um Machtmissbrauch innerhalb der Regierung zu verhindern. Aber was ist die Regierung, wenn nicht die größte aller Betrachtungen des menschlichen Wesens? Wenn die Menschen Engel wären, wäre keine Regierung nötig. Wenn Engel regieren würden, müsste es keine externen oder internen Kontrollen für die Regierung geben. Bei der Gestaltung einer Regierung von Menschen über Menschen gibt es folgende große Schwierigkeit: Zuerst muss die Regierung in der Lage sein, die Regierten zu kontrollieren; dann muss sie zur Selbstkontrolle verpflichtet werden." (Madison 1788)

Für das menschliche Zusammenleben kann es demnach als unabdingbar gelten, dass ihr Zusammenleben nur über mehr oder weniger angemessene, die vorhan-

denen ökologischen Bedingungen und die sozialen Interessen, Potenziale und Aspirationen hinreichend berücksichtigende Entscheidungs- und Steuerungsmechanismen verfügt. Und genau diese sind einem kontinuierlichen Wandel unterworfen – obwohl es in westlichen Gesellschaften so scheint, als sei das Optimum an Governance erreicht worden. Doch heute kämen Menschen bspw. nur in Ausnahmefällen auf die Idee, bei der gezielten Suche nach Literatur einen Karteikasten zu nutzen statt das Internet; und ähnlich obsolet ist in gewissem Maße auch das heutige Regieren und gesellschaftliche Steuern – es hinkt hinter den gesellschaftlichen Bedarfen als auch den gesellschaftlichen Potenzialen hinterher. Vermutlich sind einige der wenigen expliziten utopischen Erwartungen in Sachen gesellschaftlicher Steuerung relativ unrealistisch, wie z.B. der berühmte Satz von Karl Marx über künftige Gesellschaft, in der „jeder nicht einen ausschließlichen Kreis der Tätigkeit hat, sondern sich in jedem beliebigen Zweige ausbilden kann, die Gesellschaft die allgemeine Produktion regelt und mir eben dadurch möglich macht, heute dies, morgen jenes zu tun, morgens zu jagen, nachmittags zu fischen, abends Viehzucht zu treiben, nach dem Essen zu kritisieren, wie ich gerade Lust habe, ohne je Jäger, Fischer, Hirt oder Kritiker zu werden“. (Marx: Die deutsche Ideologie. 1846. In: MEW Bd. 3, S. 33)

Ähnlich visionär erscheint uns die Aussage von Wladimir Iljitsch Uljanow (Lenin), der einmal schrieb: „Jede Köchin muss in der Lage sein, die Staatsmacht auszuüben“ (in: Staat und Revolution; siehe:

http://www.amazon.de/gp/reader/0060915633/ref=sib_va...) oder eine ähnliche Aussage von Nadeschda Krupskaja, der Lebenspartnerin Lenin, die wesentlich am Aufbau des sowjetischen Bildungssystems beteiligt war. Sie sprach gelegentlich von der "Putzfrau", die alles Mögliche werden können solle (vgl.

www.marxists.org/history/etol/newspape/ni/vol...).

Ich plädiere also mit dieser kurzen Studie dafür, dass in der Zukunftsliteratur, insbesondere in Zukunftsstudien, künftig auch die Komponente Politics und Polity berücksichtigt werden sollte. Insbesondere wenn es um die zeitnahe Umsteuerung zu einer Nachhaltigen Entwicklung geht, wäre es hilfreich, wenn von Seiten der Zukunftsforschung angemessenere Impulse kommen würden. Mehr als je zuvor geht es um das „Wie?“ und nicht nur um das „Was?“

In diesem Kontext lassen sich einige konkrete Beispiele für weiteren Forschungsbedarf konstatieren. So müsste noch differenzierter thematisiert und analysiert

werden, wie Institutionen- und Governancewandel erfolgt, und wie er sich gezielt beeinflussen, beschleunigen und in seiner Richtung verstärken lassen könnte. Eine These die verfolgt werden könnte wäre bspw.: erst wenn ein Problemdruck eine bestimmte Kraft/Macht innehat, werden Institutionen gebildet bzw. umgebildet. Dies findet vermutlich – ähnlich wie bei der Verrechtlichung – mit zeitlichem Verzug statt. Was also sind die Genesebedingungen für Governance, für Governancewandel, für Governancebrüche, für Governance-Architektur und –Gestaltung? Und eine zentrale Frage lautet weiterhin: inwieweit und wie lassen sich größere Bevölkerungsteile sinnvoll und angemessen an der gesellschaftlichen politischen Steuerung von Gesellschaften, also an Governance, noch besser beteiligen? Und wie können heute bereits Belange künftiger Generationen abgeschätzt und angemessen berücksichtigt werden?

Literatur

- Bell, Wendell (2003): Foundations of Futures Studies. Volume 1 & 2, Transaction Publishers, 2003.
- Bellamy, Edward (1888/1965): Ein Rückblick aus dem Jahre 2000. Leipzig: Verlag Philipp Reclam jun.
- Bloch, Ernst (1968): Marx, aufrechter Gang, konkrete Utopie, in: Ders.: Über Karl Marx. Frankfurt/M.: Suhrkamp 1968, S.163-176
- Both, Wolfgang (2008): Rote Blaupausen. Eine kurze Geschichte der sozialistischen Utopien, Berlin: Shayol-Verlag, 234 S.
- Callenbach, Ernest (1975): Ökotoxia. Notizen und Reportagen von William Weston aus dem Jahre 1999. Berlin: Rotbuch Verlag
- Coles, Clifton (2003): Government of the Apathetic, for the Apathetic. In: The Futurist, September-October 2003, p.15
- Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Frankfurt/M.: Edition Suhrkamp
- Elias, Norbert (1992): Veränderungen europäischer Verhaltensstandards im 20. Jahrhundert, in: Ders.: Studien über die Deutschen. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S.33-60.
- Enzensberger, Hans Magnus (1990): Gangarten. Ein Nachtrag zur Utopie. In: Kursbuch „Die Welt von morgen“ (Berlin), Heft 100, Juni 1990, S. 1-10

- Fleck, Dirk C. (2007): Das Tahiti-Projekt. München: Piper Verlag
- Fleck, Dirk C. (1994): GO! Die Ökodiktatur. "Erst die Erde, dann der Mensch". Hamburg: Rasch und Röhring Verlag
- Gehrs, Heinrich (2006): Defizite des politischen Systems und Alternativen auf dem Weg zur Nachhaltigen Entwicklung am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland. Dissertation. Universität Osnabrück, Fachbereich Sozialwissenschaften
- Girod, Bastien V.S. / Mieg, Harald A. (2008): Wissenschaftliche und politische Gründe für den Wandel der IPCC-Szenarien. In: GAIA, Nr. 17/3, S. 302–311
- Glenn, Jerome C. / T. J. Gordon / E. Florescu (2010): 2010 State of the Future. Washington D.C. 2010 (<http://www.stateofthefuture.org>)
- Göll, Edgar / Thio, Sie Liong (2011): Einblick in die Jugendkultur. Das Thema Nachhaltigkeit bei der jungen Generation anschlussfähig machen (Reihe Texte 11/2011) Hrsg. Umweltbundesamt und Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Dessau-Roßlau und Berlin, Zugriff: <http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/4078.pdf>
- Göll, Edgar / Thio, Sie Liong (2008): Institutions for a sustainable development—experiences from EU-countries, in: Environment, Development and Sustainability (Springer Netherlands) Volume 10, Number 1 / February 2008, pp. 69-88 [<https://commerce.metapress.com/content/c82256256p825051/resource-secured/?target=fulltext.pdf&sid=y53qvzmf5styqh55ef33zb55&sh=www.springerlink.com>]
- Göll, Edgar / Henseling, Christine (2007): Mobilisierung von Umweltengagement. Wie Unterstützungsmöglichkeiten für Umwelt und Naturschutz erschlossen werden können. Frankfurt am Main u.a.: Peter Lang Verlag
- Göll, Edgar (2005): Die halbierte Demokratie: Partizipation und Zukunftsfähigkeit. In: Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft - SPW, Heft 142, März/April 2005, S.40-42
- Göll, Edgar (2004): Nachhaltigkeit als Herausforderung für Parlamente. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl, Wiesbaden), Heft 1/2004, S.68-80
- Göll, Edgar (1997): Essay: Über das Fehlen von Utopie. Politik in 'Star Trek'. In: Vorgänge (Opladen) Nr. 138, Heft 2, Juni 1997, S.35-45
- Goux-Baudiment, Fabienne (2006): Beyond dreaming of democracy... How do we face the reality of democracy? In: Mannermaa / Dator / Tiisonen (Eds.): Democ-

racy and Futures (Committee for the Future, Parliament of Finland), Helsinki. S. 77-88

Grunwald, Armin (2009): Wovon ist Zukunftsforschung eine Wissenschaft. In: Reinhold Popp und Elmar Schüll: Zukunftsforschung und Zukunftsgestaltung. Springer-Verlag 2009, S. 25-35.

Heinlein, Robert A. (1961): Strangers in a Strange Land. New York: Avon Books

Hibbing, John R. / Theiss-Morse, Elizabeth (2002): Stealth Democracy. Cambridge/MA: Cambridge University Press

Hölscher, Lucian (1999): Die Entdeckung der Zukunft. Frankfurt/M.: Fischer Taschenbuch-Verlag

Jeismann, Michael (2001): Demokratie nach dem Ende der Zukunft. In: Sonderheft MERKUR – Zukunft denken. Nach den Utopien. 55. Jg., Heft 629/630, S. 822-824

Jischa, Michael F. (2009): Gedanken zur Wahrnehmung der Zukunft. In: Reinhold Popp und Elmar Schüll: Zukunftsforschung und Zukunftsgestaltung. Springer-Verlag 2009, S. 37-50.

Jungk, Robert (1964): Gesucht: ein neuer Mensch. Skizze zu einem Modell des Planers, in: ders./Hans Josef Mundt (Hrsg.), Der Griff nach der Zukunft. Planen und Freiheit. Neunzehn Beiträge Internationaler Wissenschaftler, Schriftsteller und Publizisten, München 1964, S. 505-516

Jungk, Robert (1952): Die Zukunft hat schon begonnen. Entmenschlichung – Gefahr unserer Zivilisation. Bern und Stuttgart: Goldmann

Kahn, Herman / Wiener, Anthony J. (1968): Ihr werdet es erleben. Voraussagen der Wissenschaft bis zum Jahre 2000. Verlag Bertelsmann

Kanatschnig, Dietmar; Schmutz, Petra (2004): Institutionelle Innovationsstrategien - 60 Ideen zur Initiierung und Umsetzung eines nachhaltigen Strukturwandels.

Unter Mitarbeit von Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie. Österreichisches Institut für Nachhaltige Entwicklung. (Berichte aus Energie- und Umweltforschung, 26). Online verfügbar unter

http://oin.boku.ac.at/oin/_artikel/0426instinnov.pdf.

Klages, Helmut (1988): Wertedynamik. Über die Wandelbarkeit des Selbstverständlichen. Osnabrück, Fromm Verlag

Kreibich, Rolf (2008): Zukunftsforschung für die gesellschaftliche Praxis. IZT-Werkstattbericht Nr. 29/2008. Berlin

Kühnhardt, Ludger (1999): Zukunftsdenker. Bewährte Ideen politischer Ordnung für das dritte Jahrtausend (Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Bd. 3). Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 297 ff.

Laszlo, Ervin (2003): Macroshift. Die Herausforderung. Frankfurt/M.: Insel Verlag

Le Guin, Ursula K. (1976): Planet der Habenichtse. München: Heyne Verlag

Lipietz, Alain (2000): Transformation im 21. Jahrhundert. Münster: Westfälisches Dampfboot

Luhmann, Niklas (1996): Umweltrisiko und Politik, in: N. Luhmann: Protest. Systemtheorie und soziale Bewegungen. Frankfurt/M.: Suhrkamp Verlag, S. 160-174

Luhmann, Niklas (1993): Die Beschreibung der Zukunft, in: Rudolf Maresch (Hrsg.): Zukunft ohne Ende. Stand-punkte, Analysen, Entwürfe. München: Boer Verlag, S. 469-478

Luhmann, Niklas (1971): Die Knappheit der Zeit und die Vordringlichkeit des Befristeten, in: Ders.: Politische Planung. Aufsätze zur Soziologie von Politik und Verwaltung. Opladen: Westdeutscher Verlag 1971, S.143-164

Madison, James (1788): Federalist Papers – The Federalist Nr. 51, Washington, D.C.

Mannermaa, Mika / Dator, Jim / Tiihonen, Paula (Eds.) (2006): Democracy and Futures (Committee for the Future, Parliament of Finland), Helsinki

Maresch, Rudolf / Rötzer, Florian (Hrsg.) (2004): Renaissance der Utopie. Zukunftsfiguren des 21. Jahrhunderts. München: Suhrkamp Verlag

Marién, Michael (2002): Futures Studies in the 21st Century: a reality-based view. In: Futures 34 (2002) 261-281.

Mayerhofer, Petra / Spehr, Christoph (Hrsg.) (2002): Out of this world! Beiträge zu Science-Fiction, Politik & Utopie. Hamburg: Argument Verlag

Millennium Project (2010): 2010 State of the Future Report. Washington, D.C. www.millennium-project.org/millennium/2010SOF.html

Morris, Ian (2011): Wer regiert die Welt? Warum Zivilisationen herrschen oder beherrscht werden. Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag

Morus, Thomas (1985): Utopia. Leipzig: Verlag Philipp Reclam Jun.

Mouffe, Chantal (2011): „Postdemokratie“ und die zunehmende Entpolitisierung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament (Hg. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn), Heft 1–2/2011 „Postdemokratie?“, S. 3-5

- Müller, Hans-Peter (2001): Evolution, Planung, Steuerung. Über soziologisches Zukunftsdenken. In: Sonderheft MERKUR – Zukunft denken. Nach den Utopien. 55. Jg., Heft 629/630, S. 825-834
- Nelson, Ruben (2006): Whither Democracy? Reflections on the Prospects of Democracy in the 21st Century. In: Mannermaa / Dator / Tiihonen (Eds.): Democracy and Futures (Committee for the Future, Parliament of Finland), Helsinki. S. 160-169
- Niessen, Frank (2007): Nachhaltigkeit, Kapitalismus und Demokratie. Über die politischen und ökonomischen Realisierungsbedingungen einer nachhaltigen Entwicklung. Dissertationsschrift. RWTH Aachen
- Nolte, Paul (2011): Von der repräsentativen zur multiplen Demokratie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament (Hg. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn), Heft 1–2/2011 „Postdemokratie?“, S. 5-12
- Picht, Georg (1992): Zukunft und Utopie. Klett-Cotta, Stuttgart 1992.
- Pötter, Bernhard (2010): Ausweg Ökodiktatur? Wie unsere Demokratie an der Umweltkrise scheitert. München: oekom Verlag
- Radermacher, Franz Josef / Obermüller, Marianne / Spiegel, Peter (2009): Global Impact. Der neue Weg zur globalen Verantwortung. Ein Bericht an die Global Marshall Plan Initiative. München: Carl Hanser Verlag
- Radermacher, Franz Josef (2004): Global Marshall Plan. Ein Planetary Contract. Für eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft. Wien: Ökosoziales Forum Europa
- Raskin, Paul D. / Christis Electric / Richard A. Rosen (2010): The Century Ahead: Searching for Sustainability. In: Sustainability 2010, 2, 2626-2651
- Rosen, Richard A. / Electric, Christis / Raskin, Paul D. (2010): Global Scenarios for the Century Ahead: Searching for Sustainability (Boston/USA: Tellus Institute)
- Röthler, David (2010): Government 2.0 – Chancen und Herausforderungen (Reihe „S:Z:D Arbeitspapiere Praxis“ der Robert-Jungk-Stiftung), November 2010
- Saage, Richard (1997): Utopieforschung. Eine Bilanz. Darmstadt: Primus Verlag
- Saage, Richard (1991): Politische Utopien der Neuzeit. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft
- Scheer, Hermann (2011): Atomausstieg jetzt: Die Zeit ist reif. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 56. Jg., Heft 04/2011, S. 45-54

Schuppert, Gunnar Folke / Zürn, Michael (Hg.) (2008): Governance in einer sich wandelnden Welt (Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 41). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Schwendter, Rolf (1984): Zur Zeitgeschichte der Zukunft. Zur Geschichte der Zukunft. Zukunftsforschung und Sozialismus. Band 2. Frankfurt/M.: Syndikat Verlag

Schwendter, Rolf (1982): Zur Geschichte der Zukunft. Zukunftsforschung und Sozialismus. Frankfurt/M.: Syndikat Verlag

Schwonke, Martin (1957): Vom Staatsroman zur Science Fiction. Eine Untersuchung über Geschichte und Funktion der naturwissenschaftlich-technischen Utopie. Stuttgart: Enke Verlag

Seel, Martin (2001): Drei Regeln für Utopisten. In: Sonderheft MERKUR – Zukunft denken. Nach den Utopien. 55. Jg., Heft 629/630, S. 747-755

Shiva, Vananda (2006): Erd-Demokratie. Alternativen zur neoliberalen Globalisierung. Zürich: Rotpunktverlag

Simonis, Georg (2009): Governanceprobleme der Zukunftsforschung. In: Reinhold Popp und Elmar Schüll: Zukunftsforschung und Zukunftsgestaltung. Springer-Verlag, S. 605-617.

Skinner, B.F. (1948/1972): Futurum Zwei. „Walden Two“. Die Vision einer aggressionsfreien Gesellschaft. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Verlag

Slaughter, Richard (Ed.) (2005): Knowledge Base of Future Studies (CD / Buch), Brisbane/Australia

Steinmüller, Karlheinz (2010): Zukunftsforschung: Hundert Jahre Geschichte. In: SwissFuture. Herbst 2010.

Steinmüller, Karlheinz / Steinmüller, Angela (1999): Visionen. 1900 - 2000 - 2100. Eine Chronik der Zukunft. Frankfurt/M.: Verlag Rogner & Bernhard

Steurer, Reinhard / Trattnigg, Rita (2010): Nachhaltigkeit regieren. Eine Bilanz zu Governance-Prinzipien und -Praktiken. München: oekom Verlag

Stiftung Entwicklung und Frieden (Hrsg.): Nachbarn in einer Welt. Der Bericht der Kommission für Weltordnungspolitik, Bonn 1995

Tough, Allen (2005): What Future Generations Need From Us (Volume 5: Synergies, Case Studies and Implementation; Part 2: Social Innovations); in: Richard A Slaughter (Series Editor): The Knowledge Base of Futures Studies on CD-ROM; Brisbane/Australia, 2005

Union of International Associations (no year): Global strategies project - commentaries from Encyclopedia of World Problems and Human Potential. 13. Policy "gearbox" [<http://www.uia.be/node/159?kap=26>]

Volkman, Tim (2010): Politik von morgen. Zukunftskolumne 4: Die Politik von morgen braucht neue Spielregeln. Auf: changeX (22.02.2010) http://www.changex.de/Article/zukunftskolumne4_politik_von_morgen/ewiUv9ORWI7WQPFeXhjoz0TOLrkzQi

Wallerstein, Immanuel (2007): Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts. Promedia, Wien

WBCSD – World Business Council for Sustainable Development (2010): Vision 2050. Exploring the Role of Business through Vision 2050 [<http://www.wbcd.org/templates/TemplateWBCSD5/layout.asp?type=p&MenuId=MTYxNg&doOpen=1&ClickMenu=LeftMenu>]

WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2011): Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Zusammenfassung für Entscheidungsträger. (Zusammenfassung des Hauptgutachtens des WBGU „Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“). Berlin: WBGU [http://www.wbgu.de/fileadmin/templates/dateien/veroeffentlichungen/hauptgutachten/jg2011/wbgu_jg2011_ZfE.pdf]

Wersig, Gernot (2009): Zukunftsforschung aus postmoderner Perspektive. In: Reinhold Popp und Elmar Schüll: Zukunftsforschung und Zukunftsgestaltung. Springer-Verlag, S. 51-75.

Wright, Erik Olin (2010): Envisioning Real Utopias. London: Verso